



Geschäftsbericht 2023



VERTRIEBSWACHSTUM

generiert

SERVICEANGEBOT

optimiert

PRODUKTNEUHEIT

prämiiert

Beitragseinnahmen im Maklerbereich weiter gestiegen

Cyber-Check und Vorsorge-Assistenten bieten mehr persönlichen Schutz und Sicherheit

YOLIG als Rechtsschutz-Versicherungsprodukt des Jahres ausgezeichnet

DMB Rechtsschutz – Auf einen Blick		2023	Veränderung zum Vorjahr %	2022	2021
Beitragseinnahmen					
Gebuchte Bruttobeiträge	T€	37.934	2,2	37.112	35.954
Verdiente Beiträge für eigene Rechnung (f. e. R.)	T€	35.249	2,3	34.462	33.145
Schäden					
Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.	T€	21.686	2,5	21.149	21.358
Nettoschadenquote	%	61,5		61,4	64,4
Schadenrückstellungen f. e. R.	T€	53.253	2,1	52.138	50.451
Nettorückstellungsquote	%	151,1		151,3	152,2
Beitragsrückerstattung					
Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen	T€	892	-13,1	1.027	1.130
Anteil an den verdienten Beiträgen f. e. R.	%	2,5		3,0	3,4
Kosten					
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.	T€	11.731	4,6	11.214	10.038
Bruttokostenquote	%	32,0		31,3	29,0
Kombinierte Schaden-Kosten-Quote	%	94,8		93,9	94,7
Kapitalanlagen					
Bestand	T€	78.902	1,9	77.406	74.997
Kapitalanlageergebnis	T€	2.316	92,5	1.203	1.754
Nettoverzinsung für 1 Jahr	%	3,0		1,6	2,4
Nettoverzinsung für 3 Jahre	%	2,3		2,1	2,7
Ergebnisse					
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	T€	939	-12,4	1.072	619
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	T€	1.148	81,6	632	1.438
Jahresüberschuss	T€	789	16,2	679	1.106
Bilanzgewinn	T€	653	15,8	564	835
Gewinnverwendung					
Dividende je gewinnberechtigte Aktie	€	60		50	80
Einstellung in die Gewinnrücklagen	T€	200		150	300
Eigenmittel					
Eigenkapital	T€	12.497	1,6	12.297	12.147
Eigenkapitalquote	%	35,5		35,7	36,6
Versicherte Risiken	Anzahl	858.481	2,9	834.646	824.831
Mitarbeiter am Bilanzstichtag	Anzahl	63		62	62

Unternehmensziele

Kunden

Wir wollen unseren Kunden jederzeit Verlässlichkeit bieten. Die DMB Rechtsschutz versteht sich als der Rechtsschutzversicherer, der seine Kunden schnell, kompetent und umfassend berät und ihre Interessen vertritt. Wir sind ein verbrauchernahes Versicherungsunternehmen. Bei uns zählen besonders der Servicegedanke und ein attraktives Verhältnis von Preis und Leistung.

Mietervereinen im Deutschen Mieterbund bieten wir für ihre Mitglieder günstigen und leistungsfähigen Miet-Rechtsschutz vor Gericht.

Mitarbeiter

Für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht die Sicherung langfristig wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze im Mittelpunkt.

Wir bieten ihnen moderne Arbeitsbedingungen und fördern ihre Entwicklung mit interessanten Arbeitsinhalten und abwechslungsreichen Tätigkeiten.

Vertriebspartner

Unseren Vertriebspartnern wollen wir geschäftliche Chancen durch attraktive Produkte und unsere vielfältigen Service-Angebote eröffnen.

Unsere Maklerpartner unterstützen wir persönlich und digital. Mit unserer Plattform Recht: easy ermöglichen wir den Informationsaustausch in Echtzeit mit Live-Videos und Chats und ergänzen so die Beratung und Betreuung durch unsere Vertriebsleiter vor Ort. Regelmäßige Onlineschulungen, unser Maklerportal und das Serviceteam in Köln sind wertvolle Anlaufstellen für den Vertrieb. Zur Untermauerung unserer Beratungs- und Betreuungskompetenz haben wir exklusive Produkte für unsere Vertriebspartner geschaffen.

Mietervereine und ihre Mitglieder

Mit unserem Exklusivangebot für Mitglieder von DMB Mietervereinen wollen wir eine stärkere Betonung der Rechtsschutz-Versicherung als Instrument der Mitgliedergewinnung und Mitgliederbindung erreichen.

Aktionäre

Für unsere Aktionäre streben wir eine attraktive Dividende auf das investierte Kapital und die Sicherstellung der Werthaltigkeit ihres Investments an.

Die Gesellschaft, in der wir leben

Die DMB Rechtsschutz engagiert sich sozial und ökologisch auch außerhalb des Versicherungsgeschäfts. Wir unterstützen die Interessen des Deutschen Mieterbundes ebenso, wie wir Unternehmensgewinne erwirtschaften wollen.

Die DMB Rechtsschutz strebt in ihrer Geschäftstätigkeit Nachhaltigkeit an und nimmt Umweltschutz sehr ernst. Mit unserem Produkt YOLIG bieten wir Privatkunden, die sich aktiv für ein zukunftsbewusstes Leben entscheiden und denen Umwelt- und Klimaschutz wichtig sind, Rechtsschutz mit besonderer Nachhaltigkeit.

Auf einen Blick	
Unternehmensziele	2
Lagebericht	5
Geschäftsjahr im Überblick	5
Grundlagen der Gesellschaft	7
Wirtschaftsbericht	8
Risikobericht	18
Chancenbericht	30
Prognosebericht	36
Betriebene Versicherungsarten	43
Jahresabschluss	45
Bilanz	46
Gewinn- und Verlustrechnung	48
Anhang	50
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	60
Bericht des Aufsichtsrats	65
Mitglieder des Aufsichtsrats	67
Mitglieder des Vorstands	68

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichten wir im Geschäftsbericht auf geschlechtsspezifische Formulierungen. Die gewählte Form steht im Sinne der Gleichberechtigung für alle Geschlechter, hat nur redaktionelle Gründe und keine Wertungsbedeutung.



Viele gute Gründe für die DMB Rechtsschutz



LeistungsMatriX der DMB Rechtsschutz

Konzernunabhängigkeit
Schnelle, unkomplizierte Abläufe
Effektive Serviceangebote

Herausragende Leistungen
Persönliche Ansprechpartner
Innovative Web-Technologien

Neben hervorragenden und auch nachhaltigen Produkten sowie innovativen Services bieten wir unseren unabhängigen Vertriebspartnern persönliche Beratung und individuelle Betreuung sowie digitale Unterstützung.

Lagebericht

Das Geschäftsjahr im Überblick

Die DMB Rechtsschutz ist ein konzernunabhängiger Spezialversicherer mit zwei zentralen Geschäftsfeldern: Miet-Rechtsschutz wird den Mietervereinen innerhalb des Deutschen Mieterbundes (DMB) in Form von Gruppenverträgen angeboten. Das zweite Geschäftsfeld umfasst die Absicherung aller wesentlichen rechtlichen Risiken im privaten Bereich, für Geschäftskunden, für Vereine und für die Landwirtschaft. Den zentralen Vertriebsweg für dieses Geschäftsfeld bilden die unabhängigen Vermittler.

Die DMB Rechtsschutz blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2023 zurück und behauptete sich erneut gut im Markt. Die Beitragseinnahmen im Maklerbereich stiegen um 3,0 Prozent. Entscheidend war die konsequente Ausrichtung auf die digitale und persönliche Maklerberatung und -betreuung.

Mit dem kontinuierlichen Ausbau des Versicherungsbestands der letzten Jahre ging im abgelaufenen Geschäftsjahr auch eine Erhöhung der Schadenmeldungen einher. Korrespondierend dazu stiegen die Schadenzahlungen um 6,6 Prozent. Obwohl die Inflationsentwicklung in Rechtsschutz nur zum Teil kostenerhöhend zum Tragen kommt, wurden die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle um 2,1 Prozent erhöht. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R. beliefen sich auf 21,7 Mio € und stiegen damit um 2,5 Prozent. Die Nettoschadenquote erhöhte sich im Geschäftsjahr marginal auf 61,5 Prozent.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R. erhöhten sich wachstums- und investitionsbedingt; die Bruttokostenquote stieg auf 32 Prozent. Die kombinierte Schaden-/Kostenquote f. e. R. wuchs auf 94,8 Prozent und blieb im Markt weiterhin sehr günstig. Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung für die berechtigten Mietervereine wurde um zusätzliche 300 T€ aus dem Gewinn der Gesellschaft aufgestockt.

Die Rahmenbedingungen an den Finanzmärkten blieben auch im Jahr 2023 komplex. Zu den vielen bereits bekannten Krisen gesellten sich neue hinzu. Zusätzlich musste eine Fortsetzung der Zinssteigerungen verkräftet werden. Dies setzte die Märkte unter Druck, die sich erst im letzten Quartal wieder erholen konnten.

Ungeachtet des Rückgangs des versicherungstechnischen Ergebnisses um 12,4 Prozent hielt sich dieses mit 939 T€ auf hohem Niveau. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen erhöhte sich deutlich und betrug 2,3 Mio €. Im Vorjahresvergleich konnte es somit um 93 Prozent gesteigert werden. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen stieg auf 3,0 Prozent an. Die Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen erhöhten sich und betragen zum Bilanzstichtag saldiert 4,9 Mio €. Das Ergebnis vor Steuern beläuft sich auf 1,1 Mio €. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 789 T€. Daraus wurden 200 T€ den Gewinnrücklagen zugeführt.

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn in Höhe von 653 T€ bis auf einen geringen Gewinnvortrag an die Aktionäre weiterzugeben. Als Dividende wird eine Ausschüttung von 60 € je Aktie vorgeschlagen. Wenn die Hauptversammlung dem Vorschlag zur Gewinnverwendung zustimmt, schüttet die Gesellschaft 1,5 Mio € als Summe von Dividende und Beitragsrückerstattung aus.

Die DMB Rechtsschutz zeigt seit ihrer Gründung gesellschaftliches Engagement und strebt Nachhaltigkeit an. Die Gesellschaft will nicht nur Unternehmensgewinne erwirtschaften, sondern übernimmt Verantwortung für die Gesellschaft, in der wir leben. Mit ihrem neuen Produkt YOLIG bietet die DMB Rechtsschutz Privatkunden, die sich aktiv für ein zukunftsbewusstes Leben entscheiden und denen Umwelt- und Klimaschutz wichtig sind, Rechtsschutz mit besonderer Nachhaltigkeit.

Die DMB Rechtsschutz engagiert sich sozial und ökologisch auch außerhalb des Versicherungsgeschäfts. Umweltschutz nimmt das Unternehmen sehr ernst. Bereits seit 2010 ist die DMB Rechtsschutz klimaschutzzertifiziert. Das Thema Nachhaltigkeit ist fest in Geschäftsstrategie und Unternehmenskultur verankert. Beispielsweise werden im Rahmen von Investitionsentscheidungen ESG-Kriterien beachtet und Investitionen in erneuerbare Energien und Infrastruktur getätigt. Die Gesellschaft versucht, die vielfältigen Interessen, die sich daraus ergeben, bestmöglich in Einklang zu bringen.

Der Erfolg der Gesellschaft beruht ganz wesentlich auf dem Wissen und Engagement der Mitarbeiter. Als Arbeitgeber sorgt die DMB Rechtsschutz für ein attraktives Arbeitsumfeld und regelmäßige Weiterbildung. Der Gesellschaft ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie genauso wichtig wie die Gesundheit ihrer Mitarbeiter.

Als Gründungsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Versicherungsmakler setzt sich die DMB Rechtsschutz für den Berufsstand des kundenorientierten Maklers ein.

Grundlagen der Gesellschaft

Die DMB Rechtsschutz ist konzernunabhängig. Die Gesellschaft versteht sich als verbraucher-naher Rechtsschutz-Spezialist und will ihre Kunden schnell, kompetent und umfassend beraten. Besonderen Stellenwert haben guter Service und ein attraktives Verhältnis von Preis und Leistung. Automatisierung und Digitalisierung sowie die intelligente Vernetzung mit den Vertriebspartnern erleichtern die effiziente Bearbeitung der Geschäftsprozesse und den modernen Maklerservice. Im Zuge der rasanten Umbrüche im Versicherungsmarkt stellen diese Merkmale essenzielle Werte dar.

Geschäftsfelder

Ein zentrales Geschäftsfeld der DMB Rechtsschutz ist der **Miet-Rechtsschutz**, der in Form von **Gruppenverträgen** angeboten wird. 47 Prozent der Vereine und 59 Prozent der Mitglieder der Mietervereine des Deutschen Mieterbundes (DMB) haben eine Gruppenversicherung bei der DMB Rechtsschutz. Seit Gründung der Gesellschaft 1982 durch den Deutschen Mieterbund ist es das Ziel, die Marktführerschaft in diesem Segment auszubauen. Neben dem obligatorischen Vertrag, der immer alle Mitglieder eines Mietervereins umfasst, wird ein fakultatives Vertragsmodell angeboten. Dieses sieht vor, alle Neu-Mitglieder des Vereins in die Gruppenversicherung einzuschließen; Alt-Mitglieder erhalten ein entsprechendes Angebot.

Ein wesentliches Element der obligatorischen Gruppenversicherungsverträge ist das System der Beitragsrückerstattung. Ein guter Schadenverlauf wird in Form einer Beitragsrückerstattung – abgestuft nach Leistungsquote – honoriert. Die davon ausgehende Steuerungswirkung wird dadurch verstärkt, dass aus dem Gewinn der Gesellschaft zusätzliche Beträge für die Beitragsrückerstattung bereitgestellt werden können.

Das zweite wichtige Geschäftsfeld der Gesellschaft ist der **Privat-, Gewerbe- und Landwirtschafts-Rechtsschutz**. Die DMB Rechtsschutz bietet hier die rechtliche Absicherung aller wesentlichen Risiken und setzt dabei konsequent auf günstige und leistungsstarke Produkte, hervorragenden Service, einen persönlichen und digitalen Vertriebsansatz sowie innovatives Marketing. Den zentralen Vertriebsweg für dieses Geschäftsfeld bilden die unabhängigen Vermittler. Der Maklervertrieb hat aufgrund der erhöhten Anforderungen und gestiegenen Bedürfnisse beratungsaffiner Kunden auch zukünftig große Bedeutung.

Für die spezifischen Anforderungen bei Online-Abschlüssen wurde eine eigenständige Produktlinie entwickelt. Der digitale Vertrieb erfolgt auch über die Website der Gesellschaft.

Effiziente Geschäftsprozesse und Digitalisierung

Durch **Automatisierung** und **Digitalisierung der Geschäftsprozesse** werden fortlaufend Verbesserungen im Prozessmanagement sowie der Serviceorientierung angestrebt. Die intelligente Vernetzung mit den Vertriebspartnern und die Dunkelverarbeitung bei den Antrags- und Vertragsprozessen sowie bei der Schadenregulierung spielen dabei eine wichtige Rolle. Die DMB Rechtsschutz investiert kontinuierlich in digitale Angebote. Das Maklerportal beschleunigt die effiziente Bearbeitung der Geschäftsprozesse und den modernen Maklerservice. Der Einsatz von Standards bei Schnittstellen und Geschäftsprozessen wird kontinuierlich ausgebaut.

Um die Unternehmensstrategie langfristig abzusichern, sind IT-Systeme nötig, die Produkte und Geschäftsprozesse effizient unterstützen. Mit dem Bestandsführungssystem msg.PIA erschließt sich die Gesellschaft die Vorteile, die mit einer konfigurierten und für wenige Teilbereiche weiterentwickelten Standardsoftware einhergehen. So werden auch in Zukunft die notwendige Flexibilität für Produktgestaltung und Vertrieb sowie das schnelle Reagieren auf Markterfordernisse sichergestellt.

Aktionärsstruktur

Die Beteiligungsverhältnisse der DMB Rechtsschutz sind klar strukturiert: sie liegen zu 100 Prozent innerhalb des Deutschen Mieterbundes. Die größten Anteilseigner sind der Deutsche Mieterbund e.V. mit 16,6 Prozent und die DMB Verlagsgesellschaft mit 10 Prozent sowie die Mietervereine Berlin, Hamburg, Köln und München mit Aktienanteilen zwischen 12,5 und 4,5 Prozent.

Wirtschaftsbericht

Allgemeine Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen

Krisenmodus – das Wort des Jahres 2023 beschreibt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung recht treffend. Zu beobachten war im vergangenen Jahr die Weiterentwicklung vieler bekannter Krisen, gleichzeitig kamen neue hinzu. Insgesamt waren und sind diese auf kaum durchschaubare Weise miteinander verzahnt. Die Hoffnung, dass große Konflikte enden, wurde erneut nicht erfüllt. Der Ukraine-Krieg geht in sein drittes Jahr und eine Aussicht auf Lösung ist nicht in Sicht. Hinzu kam das Wiederaufflammen des Nahost-Konflikts nach den Terrorangriffen der Hamas. Auch hier ist keine Lösung erkennbar, im Gegenteil: Die Gefahr eines „Flächenbrands“ in der Region ist anhaltend real.

Die weltweite Erholung von den Folgen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges verläuft weiterhin langsam und ungleichmäßig. Die hohen Inflationsraten und die geldpolitische Straffung belasten die Weltkonjunktur. Die **Weltwirtschaft** blieb 2023 mit einem Wachstum von 3,1 Prozent (i. V. 3,0) unterhalb des Potenzialwachstums. Die Wirtschaftsleistung in den **USA** zeigte sich robust und stieg erneut um 2,1 Prozent. In **China** blieb das Wachstum anfänglich hinter den Erwartungen zurück, erreichte mit 5,2 Prozent (i. V. 3,0) zum Jahresende jedoch seine ursprünglichen Wachstumserwartungen. Die Wirtschaft im **Euro-Raum** legte lediglich um 0,7 Prozent (i. V. 3,1) zu. Die **deutsche Wirtschaft** hat sich im europäischen Vergleich besonders stark abgekühlt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird mit einer Reduktion um 0,5 Prozent (i. V. +1,8) prognostiziert.

Die konjunkturelle Schwäche spiegelt sich aktuell noch nicht in den Arbeitslosenzahlen wider. Die **Arbeitslosenquote** in Deutschland stieg leicht und belief sich auf 5,7 Prozent (i. V. 5,3). Im Euro-Raum lag sie unverändert bei 6,5 Prozent.

Die **Zentralbanken** vieler fortgeschrittener Volkswirtschaften haben ihre Leitzinsen auch im Jahr 2023 weiter angehoben, um die weiterhin hohen Inflationsraten zu bekämpfen. Seit Jahresbeginn erhöhte die US-amerikanische Fed den Leitzins um einen Prozentpunkt auf 5,5 Prozent. Auch die EZB straffte ihre Geldpolitik weiter. Ihre Leitzinsen wurden seit Juli 2022 zehnmals in Folge in kleiner werdenden Schritten um insgesamt 4,5 Prozentpunkte angehoben; eine beispiellose geldpolitische Straffung, die sich in unterschiedlichem Maße in steigenden Zinsen für Staatsanleihen sowie für Kredite niederschlug.

Die **Inflation** war auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ein entscheidendes Thema. In Deutschland ist sie im Verlauf des Jahres 2023 deutlich zurückgegangen, von 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat im Januar 2023 auf 3,7 Prozent im Dezember 2023. Die Kerninflation blieb mit zuletzt 3,5 Prozent weiterhin erhöht. Hier spielten verzögerte Preiserhöhungen bei Dienstleistungen, die zuletzt stark steigenden Lohnstückkosten und das noch bestehende Aufholpotenzial bei der privaten Nachfrage nach Dienstleistungen eine wesentliche Rolle. Die durchschnittliche Inflation von Januar bis Dezember 2023 betrug 5,9 Prozent. Damit lag die Jahresinflation 2023 genau 1,0 Prozent unter der Jahresinflation 2022 mit 6,9 Prozent.

Im Euro-Raum entwickelte sich die Inflation ähnlich, mit deutlichen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern. Im Durchschnitt des Jahres lag sie bei 5,5 Prozent.

Finanzmärkte

Die Entwicklung an den Finanzmärkten war weiterhin geprägt durch die Zinssteigerungen der Notenbanken, die Inflationsentwicklung, den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine und den Unsicherheiten über die wirtschaftliche Entwicklung.

Die beiden wichtigsten Anlagekategorien institutioneller Anleger zeigten bis zum 3. Quartal 2023 eine Fortsetzung der schwierigen Entwicklung aus dem Vorjahr. Bis zum 3. Quartal 2023 stiegen die Zinsen der festverzinslichen Wertpapiere weltweit weiter an. Im 4. Quartal 2023 sorgten Zinssenkungserwartungen für ein steiles Absinken der Zinsen. Die globalen Aktienmärkte zeigten bis zum Oktober insgesamt einen leichten Anstieg bei häufigen Auf- und Abwärtsbewegungen. Im November setzte dann eine Rallye ein, die die Indizes deutlich steigen ließ.

In Deutschland stiegen die Zinsen der 10-jährigen Bundesanleihe seit Jahresbeginn bis Oktober um 50 Basispunkte bis auf 2,9 Prozent. Zum Jahresende sanken die Zinsen allerdings deutlich auf 2,0 Prozent (i. V. 2,6). Die 2-jährigen Bundespapiere lagen zum Jahresende bei einer Rendite von 2,4 Prozent (i. V. 2,7). Bei den 30-jährigen Bundesanleihen lag die laufende Verzinsung dagegen bei 2,3 Prozent (i. V. 2,5). Die Renditekurve der Bundestitel blieb damit invers; sie schwächte sich im Jahresverlauf allerdings deutlich ab.

In den USA legten die Zinsen der 10-jährigen US-Staatsanleihe auf merklich höherem Niveau zunächst ähnlich stark zu. In der Spitze lag die Rendite bei 5,0 Prozent. Zum Jahresende lag die Rendite dann allerdings bei 3,9 Prozent (i. V. 4,0). Die 2-jährige US-Staatsanleihe lag zum Jahresende bei einer Rendite von 4,3 Prozent (i. V. 4,4). Auch in den USA war die Zinsstrukturkurve somit stark invers. Im Jahresverlauf kam es zu einer Abschwächung.

Die Aktienmärkte entwickelten sich mit Schwankungen kontinuierlich nach oben. Anfang Dezember konnte der DAX merklich zulegen, sein bisheriges Allzeithoch übertreffen und 17.000 Punkte erreichen. Zum Jahresende stand der DAX im Geschäftsjahr mit 20,3 Prozent im Plus. Er schloss bei 16.751 Punkten (i. V. 13.924) allerdings wieder unter seinem Allzeithoch. MDAX, SDAX und TecDAX wiesen mit

8,0 bis 17,1 Prozent ebenfalls erfreuliche Steigerungen auf. Der EuroStoxx 50 gewann 19,2 Prozent und schloss bei 4.521 Punkten (i. V. 3.793). Auch die US-Werte gewannen kräftig. Vor allem die Technologiewerte im NASDAQ 100 wiesen eine starke Performance auf. Der Index schloss bei 16.825 Punkten (i. V. 10.940) und somit einem Gewinn von 54 Prozent. Der Dow Jones gewann 13,7 Prozent, der breitere Index S&P 500 stieg um 24,2 Prozent.

Der Euro schwankte im Jahresverlauf zwischen 1,05 und 1,13 US\$. Zum Jahresende stand der Euro bei 1,10 US\$ (i. V. 1,06). Auch der Goldpreis schwankte im Jahresverlauf stark. Zum Jahresende lag er in Dollar bei 2.063 US\$. Preisschwankungen gab es auch bei den Energieträgern.

Versicherungswirtschaft

Die Beitragseinnahmen im deutschen Versicherungsmarkt stiegen im vergangenen Geschäftsjahr um 1,3 Prozent auf rd. 226,3 Mrd €. In der Lebensversicherung gingen die Beiträge um 4,2 Prozent auf 93,0 Mrd € zurück. In der Privaten Krankenversicherung ergab sich ein Zuwachs von 3,5 Prozent auf 48,7 Mrd €. In der Schaden- und Unfallversicherung konnte ein Wachstum von 6,7 Prozent auf 84,5 Mrd € erreicht werden.

In der **Rechtsschutzversicherung** kam es zu einem Beitragsplus von 2,5 Prozent. Das Beitragsvolumen stieg auf 4,8 Mrd € (i. V. 4,73). Der Versicherungsbestand konnte ebenfalls leicht ausgebaut werden. Die Anzahl der Verträge stieg ähnlich wie im Vorjahr um 1 Prozent auf 23,7 Mio (i. V. 23,6).

Im Berichtsjahr stieg der Aufwand für Geschäftsjahresschäden marktweit um 6,0 (i. V. 1,0) Prozent. Die Geschäftsjahres-Schadenquote verschlechterte sich auf 71,0 Prozent (i. V. 68,4). Die Combined Ratio betrug 97 Prozent (i. V. 97).

Veränderungen der Markt- und Wettbewerbsbedingungen

Bis Mitte Dezember 2021 hätte Deutschland eine Whistleblowing-Richtlinie der EU umsetzen müssen. Diese muss vorgeben, dass Unternehmen ab einer bestimmten Größe Hinweisgebersysteme implementieren, über die Mitarbeiter Verstöße melden können. Im Dezember 2022 hatte der Bundestag das Hinweisgeberschutzgesetz beschlossen. Das **Hinweisgeberschutzgesetz** (HinSchG) trat am 2. Juli 2023 in Kraft und verpflichtet Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden, einen internen Meldekanal einzurichten. Die Nichteinführung eines Hinweisgebersystems kann hohe Bußgelder zur Folge haben. Unabhängig vom Inkrafttreten des Hinweisgeberschutzgesetzes hatte die DMB Rechtsschutz bereits ein Hinweisgebersystem eingeführt und passte dieses der neuen Gesetzgebung an.

Das Europäische Parlament hat im Rahmen seines New Deal for Consumers die Richtlinie zur Einführung der **Europäischen Verbandsklage** angenommen. Die Bundesregierung will die Rechte von Verbrauchern stärken. Ein entsprechendes Gesetz (Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetz – VRUG) zur Umsetzung der EU-Verbandsklagerichtlinie ist am 13. Oktober 2023 in Kraft getreten. Mit dem neuen Gesetz sollen Verbraucher künftig schneller zu ihrem Recht kommen. Kern des Gesetzes ist die Einführung einer neuartigen Klageform für Verbandsklagen, die sog. Abhilfeklage. Sie erlaubt es Verbraucherverbänden, gleichartige Leistungsansprüche von Verbrauchern gegen ein Unternehmen unmittelbar gerichtlich einzuklagen. So können Verbraucher ihre Ansprüche wegen Produktmängeln oder unzulässigen Preisklauseln einfacher geltend machen. Sie müssen nicht selbst klagen, profitieren aber unmittelbar von dem Verfahren. Wird der Abhilfeklage stattgegeben, erhalten sie später beispielsweise den ihnen zustehenden Geldbetrag direkt von dem Sachverwalter ausgezahlt, der das Urteil umsetzt.

Der europäische Gesetzgeber hat sich entschlossen, die Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation (sog. E-Privacy-Richtlinie) durch eine **E-Privacy-Verordnung** (ePVO) zu ersetzen. Nachdem der deutsche Gesetzgeber zuletzt mit einer Novelle des Telekommunikationsgesetzes (TKG) und mit dem **Telekommunikation-Telemedien-Datenschutz-Gesetz** (TTDSG) zum 1. Dezember 2021 noch die europäischen Vorgaben aus der E-Privacy-Richtlinie in deutsches Recht umsetzte, wird die künftige ePVO unmittelbar in den Mitgliedsstaaten gelten. Die aufgenommenen Trilog-Verhandlungen bzgl. der E-Privacy-Verordnung dauerten 2023 immer noch an. Die letztendliche Anwendung der ePVO wird voraussichtlich frühestens Ende 2025 erfolgen. In Deutschland ist z. B. eine zweijährige Übergangsfrist von der bisher wirksamen E-Privacy-Richtlinie zur ePVO vorgesehen. Die E-Privacy-Richtlinie wird in Deutschland somit noch einige Jahre Anwendung finden.

Die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung auf Papier hat ausgedient. Arbeitgeber müssen seit dem 1. Januar 2023 bei den Krankenkassen die Daten über die Arbeitsunfähigkeit ihrer Mitarbeitenden abrufen. Die Erkrankten müssen keine Bescheinigung mehr vorlegen, die Arbeitsunfähigkeit aber weiter unverzüglich ihrem Arbeitgeber melden. Die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung gilt jedoch nicht für Privatversicherte.*)

Das Jahr 2023 kann als Atempause für das Aktienrecht verstanden werden. Mit dem Gesetz zur Einführung virtueller **Hauptversammlungen** hat der Gesetzgeber dauerhaft und unabhängig von der Corona-Pandemie eine Möglichkeit geschaffen, Hauptversammlungen ohne physische Präsenz der Aktionäre und ihrer Bevollmächtigten durchzuführen. Das Jahr 2023 zeigte, dass die ordentliche Hauptversammlung von 28 der 38 DAX- und 24 von 47 MDAX-Unternehmen virtuell durchgeführt wurde. Die technische Umsetzung war weitestgehend gelungen. Es ist davon auszugehen, dass verbleibende Schwachstellen in den kommenden Jahren durch die Gesellschaften abgestellt werden. Der DMB Rechtsschutz ist das Rederecht der Aktionäre ein wichtiges Anliegen. Sie sieht dieses Recht vor allem in der Präsenzhauptversammlung gewährleistet, sodass derzeit von einer Satzungsänderung für die Einführung der virtuellen Hauptversammlung abgesehen wird.

Das seit dem 1. Oktober 2021 geltende **Gesetz zur Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt** legt einen verengten Fokus auf die Anwaltschaft und auf Inkassodienstleister. Es führt zu einer Ungleichbehandlung der Rechtsschutzversicherer, denn Inkassodienstleister und nun auch Anwälte treten mit Erfolgshonorarmodellen neben und in Wettbewerb zur Kostentragung durch die Rechtsschutzversicherer. Gleichzeitig bleibt es diesen verwehrt, ihre Geschäftsmodelle in den Bereich der Rechtsdienstleistungen auszuweiten. Rechtsschutzversicherern bleibt somit nur der Weg, weitergehende Legal Services über Kooperationen und White-Label-Lösungen anzubieten.

In der 2. Stufe des **Gesetzes zur Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt** hat der Bundestag am 9. Februar 2023 den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf „zur Stärkung der Aufsicht bei Rechtsdienstleistungen und zur Änderung weiterer Vorschriften des Rechts der rechtsberatenden Berufe“ einstimmig angenommen. Die Regierung will damit die Aufsicht über die nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz registrierten Personen beim Bundesamt für Justiz zentralisieren. Die Zuständigkeitsübertragung soll zum 1. Januar 2025 erfolgen. Neben der Änderung der Zuständigkeit für die Aufsicht vereinheitlicht das Gesetz die Bußgeldregelungen bei unbefugtem Erbringen von Rechtsdienstleistungen. Bislang war es zwar eine Ordnungswidrigkeit, unbefugt Rechtsdienstleistungen nach dem RDG, etwa im Bereich Inkasso, zu erbringen oder unbefugt steuerlich zu beraten. Der Rechtsanwaltschaft vorbehaltene Rechtsdienstleistungen unbefugt zu erbringen, war bislang nicht straf- oder bußgeldbewehrt; dies ändert das Gesetz nun.

*) Der Abschlussprüfer hat diesen Absatz nicht geprüft, da er „lageberichts-fremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft für das Verständnis wesentlich ist.

Einzelne Anwaltskanzleien spezialisierten sich in den letzten Jahren auf bestimmte Rechtsprobleme und betreiben im Fernabsatz aktive Mandantenakquise. Oftmals bauen diese **Geschäftsmodelle** auf das Bestehen einer Rechtsschutzversicherung. Diese industrielle Mandatsbearbeitung durch Onlinekanzleien stellt die Rechtsschutzversicherer vor große Herausforderungen. Hier werden Mandate bundesweit in großer Anzahl akquiriert und aufgrund gleichförmiger Sachverhalte repetitiv, standardisiert und automatisiert ohne individuelle Beratung und persönlichen Kontakt zum Mandanten abgewickelt. Im neuen anwaltlichen Gebührenrecht wurde diese Entwicklung weder aufwandsgerecht bewertet noch gebührenmindernd berücksichtigt.*)

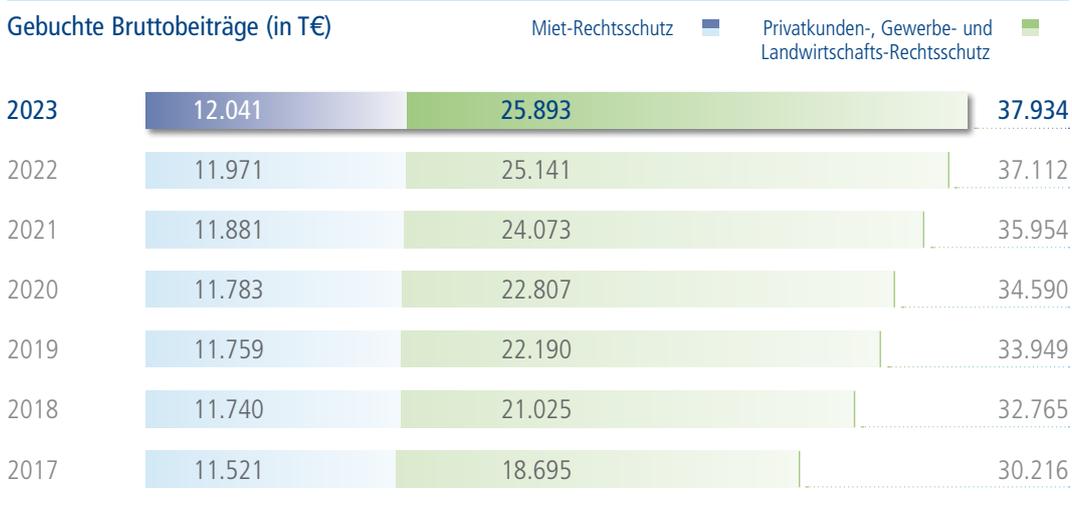
Geschäftsverlauf

Beitrag, Bestand, Neugeschäft

Die **Beitragseinnahmen** der DMB Rechtsschutz entwickelten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wiederum erfreulich und erreichten 37,9 Mio €. Das Wachstum beläuft sich auf 2,2 Prozent.

Im **Miet-Rechtsschutz** konnten die gebuchten Bruttobeiträge vor Wertberichtigung auf rd. 12,3 Mio € gesteigert werden. Die Anzahl der Gruppenverträge stieg auf 128 Stück (i. V. 127). Die Anzahl der versicherten Mitglieder erhöhte sich um 2,8 Prozent auf 716.636 (i. V. 697.005).

Die Beitragseinnahmen im **Privat-, Gewerbe- und Landwirtschafts-Rechtsschutz** erhöhten sich zusammen um 3,0 Prozent auf 25,9 Mio € (i. V. 25,1). Im Rechtsschutz für Privatkunden wurde ein Wachstum von 2,8 Prozent erzielt. Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen auf 22,5 Mio € (i. V. 22,0). Der Zuwachs im Gewerbe-Rechtsschutz betrug 2,4 Prozent, womit sich die Beiträge auf 2,6 Mio € (i. V. 2,6) erhöhten. Im Landwirtschafts-Rechtsschutz nahm das Geschäft um 10,4 Prozent auf Beitragseinnahmen in Höhe von 730 T€ zu.



*) Der Abschlussprüfer hat diesen Absatz nicht geprüft, da er „lageberichts-fremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft für das Verständnis wesentlich ist.

Erneut ganz entscheidend für das Beitragswachstum war wie in den Vorjahren das **Maklergeschäft**. Die Beitragseinnahmen konnten hier um 3,0 Prozent und somit höher als im Markt gesteigert werden. Das Beitragsvolumen im Vertrieb über unabhängige Vermittler beträgt inzwischen 23,4 Mio € (i. V. 22,7).

Gebuchte Beiträge Maklergeschäft (in T€)

2023	23.412	+ 3 %
2022	22.736	+ 5 %
2021	21.585	+ 7 %
2020	20.182	+ 4 %
2019	19.468	+ 6 %
2018	18.286	+ 15 %
2017	15.907	+ 8 %

Das Bedürfnis nach Schutz durch eine Rechtsschutzversicherung blieb aufgrund der vielfältigen Krisen im Jahr 2023 weiterhin hoch. In diesem Zusammenhang konnte das Neugeschäft im Vorjahresvergleich gesteigert werden. Der Neugeschäftsbeitrag belief sich auf 2,2 Mio € (i. V. 2,0).

Die **verdienten Beiträge für eigene Rechnung** (f. e. R.) stiegen um 2,3 Prozent auf 35,2 Mio € (i. V. 34,5). Die Veränderung der Beitragsüberträge betrug 77 T€ (i. V. 95) und wird ebenso wie die abgegebenen Beiträge für die Rückversicherung in Höhe von 2,6 Mio € (i. V. 2,6) von den gebuchten Bruttobeiträgen in Abzug gebracht. Die Selbstbehaltsquote verblieb bei 92,9 Prozent. Zum Schutz der Bilanz, sowohl hinsichtlich möglicher Großschäden aus einzelnen Policen als auch im Hinblick auf eine Kumulierung des Schadenaufwands, besteht ein Rückversicherungsvertrag mit einem Rückversicherungsunternehmen; dieses ist von S&P Global mit A+ geratet.

Im Privat-, Gewerbe- und Landwirtschafts-Rechtsschutz stieg der **Versicherungsbestand** um 3,0 Prozent auf 140.892 (i. V. 136.812) und übertraf das Marktwachstum von 1,0 Prozent erneut deutlich. Die mittlere Vertragsdauer bewegte sich mit 8,8 Jahren auf dem Niveau des Vorjahres. Die Stornoquote liegt bei 4,4 Prozent des Bestands und damit erneut unterhalb des Marktniveaus. Die Anzahl der versicherten Risiken insgesamt stieg um 2,9 Prozent auf 858.481 Verträge (i. V. 834.646). Die **BaFin-Beschwerdequote** liegt mit 1,3 (i. V. 0,7) bezogen auf 100.000 Risiken bzw. Verträge über dem Vorjahreswert.

Schaden

Die anhaltende Unsicherheit der Versicherungsnehmer im Zuge der vielfältigen Krisen schlug sich auch im vergangenen Geschäftsjahr in der intensiven Nutzung der DMB RECHT-Hotline zur telefonischen Rechtsberatung nieder. Erneut erwies sich diese für viele unserer Kunden als besonders wichtig und effizient.

Mit dem konsequenten und kontinuierlichen Ausbau des Versicherungsbestands ging im abgelaufenen Geschäftsjahr auch eine Erhöhung der Schadenmeldungen einher. Insgesamt stieg die Anzahl der gemeldeten Schäden um 6,8 Prozent. Im Miet-Rechtsschutz belief sich die Steigerung auf 12,5 Prozent, im Privatkunden-Rechtsschutz betrug sie 5,5 Prozent.

Korrespondierend mit der Entwicklung der Schadenmeldungen erhöhten sich auch die Schadenzahlungen insgesamt um 6,6 Prozent auf 18 Mio €. Im Miet-Rechtsschutz steigerten sich die Schadenzahlungen um 501 T€ auf 6,4 Mio €. Im Privatkunden-, Gewerbe- und Landwirtschafts-Rechtsschutz um 610 T€ auf 11,6 Mio €.

Die **Aufwendungen für Versicherungsfälle** f. e. R. beliefen sich für das Gesamtgeschäft auf 21,7 Mio € (i. V. 21,1) und erhöhten sich damit um 2,5 Prozent. Vor dem Hintergrund des beobachteten Inflationsgeschehens wurde dabei insbesondere die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erneut angehoben. Die Nettoschadenquote blieb mit 61,5 Prozent (i. V. 61,4) auf dem Vorjahresniveau.

Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Versicherungsfalls von der Meldung bis zum Abschluss des Schadens lag für einen Großteil der Fälle wie in den Vorjahren zwischen zwei und drei Jahren.

Beitragsrückerstattung

Aus dem Gewinn des Geschäftsjahres 2023 wurden 300 T€ in die erfolgsabhängige Rückstellung für Beitragsrückerstattung eingestellt. Mit der vertraglichen Beitragsrückerstattung wurden insgesamt rd. 0,9 Mio € aufgewendet. Die Beitragsrückerstattung kommt den berechtigten DMB Mietervereinen zugute.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R. stiegen mit dem Beitragswachstum sowie durch Investitionen um 4,6 Prozent auf 11,7 Mio € (i. V. 11,2). Die Bruttokostenquote erhöhte sich auf 32 Prozent. Die **kombinierte Schaden-/Kostenquote** f. e. R. (vor Beitragsrückerstattung) stieg auf 94,8 Prozent (i. V. 93,9) und blieb damit im Markt weiterhin günstig.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Die versicherungstechnische Rechnung schloss mit einem Gewinn von 939 T€ (i. V. 1.072) erneut stark positiv. Die Umsatzrentabilität betrug 2,7 Prozent (i. V. 3,1).

Kapitalanlagen

Der **Bestand der Kapitalanlagen** stieg im Geschäftsjahr um 1,9 Prozent auf 78,9 Mio € (i. V. 77,4).

Die Investitionen in Aktien und Inhaberschuldverschreibungen wurden weiterhin überwiegend im Spezialfonds der Gesellschaft vorgenommen. Den Schwerpunkt der Anlagen bildeten dabei Staatsanleihen, Covered Bonds und Unternehmensanleihen. Im Jahresverlauf wurde die Zinsentwicklung genutzt, um den Bestand an höherverzinslichen Ausleihungen merklich zu erhöhen. Die Investition in Aktien wurde dagegen etwas zurückgefahren und folgte einem quantitativ unterlegten Dividendenansatz mit risikobegrenzenden Instrumenten. Dieser ist flexibel ausgerichtet und erwirbt insbesondere Aktien aus dem O'Higgins-Universum mit opportunistischem Ansatz. Die durchgerechnete Aktienquote, gemessen am gesamten Kapitalanlagebestand der Gesellschaft auf Marktwertbasis vor Absicherung, betrug am Jahresende 1,9 Prozent (i. V. 5,4).

Im Direktbestand investiert die Gesellschaft in Inhaberschuldverschreibungen. Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehn befinden sich nicht im Bestand. Im Jahresverlauf wurden die deutlich

gestiegenen Zinsen genutzt, um höherverzinsliche Unternehmensanleihen, denominated in Euro und US-Dollar, zu erwerben. Zur breiteren Streuung des Kapitalanlage-Portfolios wurde in Publikumsfonds mit spezifischem Rentenansatz investiert. Diese hatten zum Jahresende einen Anteil von 6,3 Prozent (i. V. 9,9) am gesamten Kapitalanlagebestand der DMB Rechtsschutz.

Die Investments in alternative Anlagen erfolgen über Alternative Investmentfonds (AIF). Bis zum Jahresende wurden 15,7 Mio € eingezahlt. Gezeichnet ist insgesamt ein Volumen von 21,0 Mio €. Die alternativen Anlagen umfassen erneuerbare Energien, Infrastruktur, Private Equity und private Unternehmensfinanzierungen.

Der Anteil an Immobilien betrug weiterhin 1,6 Prozent, gemessen am Buchwert. Dabei handelt es sich ausschließlich um das Verwaltungsgebäude der Gesellschaft in Köln. Anlagen in Beteiligungen und Hypotheken lagen nicht vor. Im Berichtsjahr wurden im Direktbestand keine Geschäfte mit freistehenden derivativen Finanzinstrumenten oder mehrfach strukturierten Produkten getätigt. Die Gesellschaft hielt unterjährig erneut den Liquiditätsbestand hoch.

Das Anlagemanagement führte dazu, dass das Ergebnis aus Kapitalanlagen deutlich gesteigert werden konnte. Die Entwicklungen auf den Zinsmärkten seit 2022 bedingen allerdings, dass zinsinduzierte stille Lasten weiterhin vorhanden sind.

Das **Ergebnis aus Kapitalanlagen** betrug 2,3 Mio € (i. V. 1,2) und stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Mio €. Die Erträge aus Kapitalanlagen summieren sich auf 2,5 Mio € (i. V. 1,8) und liegen damit 38 Prozent höher als im Vorjahr. Die Erträge aus anderen Kapitalanlagen stiegen dabei mit 2,1 Mio € um 24 Prozent. Hier wurden insbesondere höhere Erträge aus Zinstiteln und den alternativen Investmentfonds vereinnahmt. Als Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen wurden 278 T€ realisiert. Den Erträgen standen Aufwendungen für Kapitalanlagen in Höhe von 174 T€ (i. V. 595) gegenüber. Die Abschreibungen auf Wertpapiere fielen dabei mit 68 T€ deutlich niedriger aus als im Vorjahr mit 361 T€.

Die **Nettoverzinsung** der Kapitalanlagen für ein Jahr stieg auf 3 Prozent (i. V. 1,6) an. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre betrug sie 2,3 Prozent (i. V. 2,1). Die **Bewertungsreserven** in den Kapitalanlagen stiegen und betrugen saldiert zum Bilanzstichtag 4,9 Mio € (i. V. 2,7). Bezogen auf den gesamten Kapitalanlagebestand waren dies 6,2 Prozent (i. V. 3,5).

Ausgewählte Inhaberschuldverschreibungen wurden gemäß § 341b Abs. 2 Halbsätze 2 und 3 HGB dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, und somit als Anlagevermögen klassifiziert. Gemäß der Buy-and-Hold-Strategie erfolgt die Einlösung der Rentenpapiere bei Endfälligkeit zum Nominalwert. Zudem wurden der Spezialfonds der Gesellschaft und sämtliche Fonds für alternative Anlagen aufgrund deren vorgesehener Zeitdauer dem Anlagevermögen zugeführt. Entsprechend dieser Zuordnung wurden diese Assets nicht nach den für das Umlaufvermögen, sondern den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet, also nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Als stille Lasten weist die Gesellschaft 3,9 Mio € (i. V. 5,9) aus. Mittels eines Simulationsmodells wird die Zeitdauer ermittelt, die der Abbau der stillen Lasten z. B. allein durch die Verkürzung der Restlaufzeit der Anleihen in Anspruch nimmt. Die mehrjährige Liquiditätsplanung der Gesellschaft zeigt, dass das Anlagevermögen auch in Stress-Szenarien aufrechterhalten werden kann.

Gesamtergebnis

Als Summe des Ergebnisses aus Kapitalanlagen, des sonstigen Ergebnisses und des versicherungstechnischen Gewinns erhält man das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.148 T€ (i. V. 632). Nach der Berücksichtigung der Steuern ergibt sich ein Jahresüberschuss von 789 T€ (i. V. 679). Für das

Jahr 2021 konnte eine Steuererstattung vereinnahmt werden. Zusammen mit dem Steueraufwand des laufenden Jahres ergibt sich ein Steueraufwand in Höhe von 359 T€.

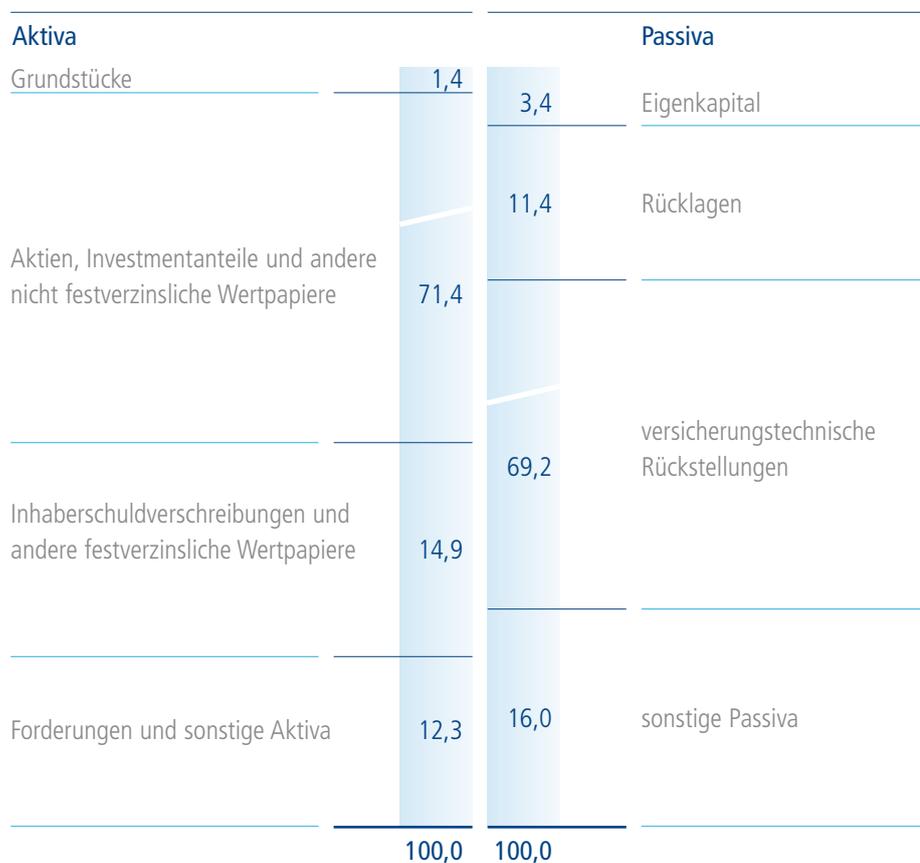
Vorstand und Aufsichtsrat haben beschlossen, aus dem Jahresüberschuss 200 T€ in die Gewinnrücklagen einzustellen und damit das Eigenkapital der Gesellschaft weiter zu stärken.

Einschließlich des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 64 T€ erzielte die DMB Rechtsschutz einen **Bilanzgewinn** von 653 T€ (i. V. 564). Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn vollständig, bis auf einen Gewinnvortrag von 53 T€, an die Aktionäre weiterzugeben. Der Dividendenvorschlag beträgt somit 60 € je Aktie und liegt damit 20 Prozent höher als im Vorjahr.

Wenn die Hauptversammlung dem Vorschlag zur Gewinnverwendung zustimmt, schüttet die Gesellschaft 1,5 Mio € als Summe von Dividende und Beitragsrückerstattung aus.

Im Vergleich zur Planung ergab sich ein etwas geringeres Beitragswachstum. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle lagen jedoch niedriger als in der Prognose. In Summe liegt der versicherungstechnische Gewinn trotz der erneut höheren Dotierung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle über der Prognose. Auch das Ergebnis aus Kapitalanlagen und der Jahresüberschuss fielen etwas höher aus als erwartet. Insgesamt konnten eine Gewinnthesaurierung, ein Bilanzgewinn sowie eine Dividende leicht oberhalb des Planniveaus erreicht werden.

Bilanzstruktur 2023 (in %)



Investitionen

Die Gesellschaft schloss die Erneuerung ihrer versicherungsbezogenen Anwendungssysteme mit der Einführung des Bestandsführungssystems msg.PIA im Jahr 2021 erfolgreich ab. Im Geschäftsjahr wurden verschiedene Verbesserungen und **Optimierungen** vorgenommen. Im Rahmen dieser Projekte kam es zur Aktivierung immaterieller Vermögensgegenstände. Zum Jahresende werden 3,7 Mio € (i. V. 3,9) ausgewiesen.

Die dynamische Entwicklung des Versicherungsmarktes führt zu einer Vielzahl neuer Anforderungen. Kunden und Vertriebspartner nutzen immer häufiger digitale Kommunikationswege. Darauf stellt sich die DMB Rechtsschutz ein und investiert kontinuierlich in **digitale Angebote** wie ihre Website und ihr Maklerportal sowie zahlreiche weitere Verkaufs- und Vertriebshilfen.

Im Maklervertrieb ist ein herausragendes Preis-Leistungs-Verhältnis, verbunden mit der unverzichtbaren Haftungssicherheit, essenziell. Deshalb wird auf die nachhaltige Entwicklung von **Produkten und Bedingungen** besonderer Wert gelegt. Alle Produkte wurden 2023 weiterentwickelt, ihre Bedingungen erneuert und kundenfreundlich formuliert.

Mitarbeiter

Zum Jahresende waren 63 (i. V. 62) Mitarbeitende angestellt. Im Durchschnitt hatte die Gesellschaft während des Geschäftsjahres 63 (i. V. 62) Beschäftigte, davon 9 Teilzeitkräfte. Das durchschnittliche Alter der Belegschaft lag bei 47,6 Jahren (i. V. 46,8). Die mittlere Betriebszugehörigkeit stieg auf 10,1 Jahre (i. V. 9,5). Der Anteil der Hochschulabsolventen betrug 46,0 Prozent (i. V. 43,6).

Erklärung nach § 289 f HGB ^{*)}

Im Rahmen der Grundlagen zur Unternehmensführung wurden Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat, im Vorstand und auf Führungsebene definiert. In der nachstehenden Tabelle sind die festgelegten Zielgrößen und die Fristen für ihre Erreichung nach § 289 f Abs. 4 HGB angegeben.

Gremium	Fristzeitraum	Festgelegte Zielgröße	
Aufsichtsrat	1.1.2021 bis 31.12.2025	33 %	Gemäß Beschluss des Aufsichtsrats
Vorstand	1.1.2021 bis 31.12.2025	50 %	Gemäß Beschluss des Aufsichtsrats
1. Führungsebene	1.1.2021 bis 31.12.2025	30 %	Gemäß Beschluss des Vorstands

Auswirkungen des Ukraine-Krieges

Die DMB Rechtsschutz ist ausschließlich in Deutschland tätig. Eine direkte Auswirkung auf die Versicherungstechnik, z. B. die Beitragseinnahmen bzw. den Schadenaufwand, ist dadurch nicht gegeben. Im Bestand der Kapitalanlagen befinden sich keine Wertpapiere aus Russland oder der Ukraine. In Krisenzeiten unterliegen die Kapitalanlagen allerdings kurzfristigen, heftigen Bewertungsrückgängen und teilweise erheblichen Marktwertschwankungen.

^{*)} Der Abschlussprüfer hat diesen Abschnitt nicht geprüft, da er „lageberichts fremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft wichtige Informationen enthält.

Risikobericht

Die DMB Rechtsschutz erfüllt die aufsichtsrechtlichen Regelungen nach **Solvency II**. Die Gesellschaft folgt dabei konsequent den Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation (MaGo) und das Risikomanagement für Versicherungsunternehmen, dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) sowie den Vorgaben der EU und der EIOPA (European Insurance and Occupational Pensions Authority). Im Rahmen dieser Anforderungen werden auch die Vorgaben für die IT (VAIT) beachtet. Geschäftsumfang und Unternehmensgröße sind dabei berücksichtigt. Die dauerhafte Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen steht im Vordergrund.

Grundlagen und Ziele des Risikomanagements

Ziel unseres **Risikomanagements** ist es, gefährliche Entwicklungen und wesentliche Risiken frühzeitig zu erkennen, um angemessene Gegenmaßnahmen einzuleiten. Identifikation, Messung, Analyse und Bewertung von Risiken sind wesentliche Instrumente der Unternehmenssteuerung. Dabei stehen die Sicherung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie das Erkennen von Entwicklungen im Mittelpunkt, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Der Umgang mit **Risiken** ist für die DMB Rechtsschutz von maßgeblicher Bedeutung. Dies gilt sowohl für Risiken aus den Bereichen Versicherungstechnik und Kapitalanlage als auch für alle anderen Risiken der strategischen und operativen Unternehmensführung. Die gezielte Abwägung von Risiko und Ertrag trägt wesentlich zum langfristigen Unternehmenserfolg bei.

Nachhaltigkeitsaspekte sind in die Geschäfts- und Risikostrategie eingebettet und werden damit bei unternehmerischen Entscheidungen berücksichtigt. Sie sind in die verschiedenen Unternehmensbereiche integriert.

Nachhaltigkeitsrisiken werden als Teilaspekt der im Risikomanagement identifizierten Risikoarten behandelt. Im Wesentlichen umfassen diese Gegebenheiten oder Ereignisse aus den Bereichen **Environment** (Umwelt), **Social** (Soziales) und **Governance** (Unternehmensführung) mit negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder die Reputation der Gesellschaft. Sie können in physischer Gestalt, als Veränderungsprozesse oder als deren Zusammenwirken auftreten.

Die Bereiche Versicherungstechnik, Kapitalanlage und Operatives spielen für die DMB Rechtsschutz eine wichtige Rolle. Beispielsweise werden bei Entscheidungen im Rahmen der Produktentwicklung sowie der Zeichnung von Risiken und der Kapitalanlage Nachhaltigkeitsaspekte wie Klimaschutz, Ressourcennutzung und Umweltverträglichkeit beachtet.*)

In Übereinstimmung mit Solvency II verfügen wir über ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen.

Das Risikomanagementsystem der Gesellschaft wird regelmäßig von der Revision geprüft, das Risiko-früherkennungssystem auch vom Abschlussprüfer.

*) Der Abschlussprüfer hat diesen Absatz nicht geprüft, da er „lageberichts-fremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft für das Verständnis wesentlich ist.

Organisation des Risikomanagements

Die Gesellschaft verfolgt einen zentral ausgerichteten Risikomanagementansatz, bei dem Risikoidentifikation, -analyse und -bewertung der Abteilung Controlling und Risikomanagement obliegen. Die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikobegrenzung erfolgt dezentral in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachbereichen. Die konkreten Vorgaben zur Risikohandhabung und -steuerung der Gesellschaft sind in der Risikostrategie sowie im Risikomanagementhandbuch dokumentiert und werden jährlich analysiert.

Das Risikomanagement verantwortet die ordnungsgemäße und wirksame Ausgestaltung und Umsetzung des Risikomanagementsystems, dessen Weiterentwicklung, die Steuerung und Koordination des Risikomanagementprozesses sowie die interne und externe Berichterstattung. Weiterhin fördert es die Risikokultur im Unternehmen.

Seit dem Geschäftsjahr 2022 ist das oberste Berichts- und Entscheidungsgremium im Zusammenhang mit dem Risikomanagementsystem bzw. der Risikosituation der Gesellschaft das Risikokomitee. Die Entscheidungskompetenz liegt ausschließlich bei den Mitgliedern des Vorstands. Neben dem Vorstand gehören dem Risikokomitee die jeweils verantwortliche Person der Schlüsselfunktionen Risikomanagement, Compliance und Versicherungsmathematik sowie weitere Führungskräfte an. Damit können alle Risikomanagementfragen durch Beratung und Entscheidungsvorbereitung mit den Verantwortlichen der höchsten Führungsebene diskutiert werden.

Die zentralen Funktionen des Risikomanagements sind eng miteinander verzahnt. Aufgaben und Berichtswege sind im Sinne der drei „Verteidigungslinien“ des Risikomanagements über Richtlinien und Anweisungen klar definiert. Die erste Verteidigungslinie besteht aus der originären Risikoverantwortung der jeweiligen Fachbereiche. Die zweite Verteidigungslinie, die Abteilung Controlling und Risikomanagement, dient der Steuerung und Überwachung des operativen Managements. Die interne Revision ist als unabhängige Prüfungsinstanz die dritte Verteidigungslinie. Ergänzt wird das Modell durch die versicherungsmathematische Funktion sowie die Compliance-Funktion.

Wesentliche Elemente des Risikomanagementsystems

Das von der DMB Rechtsschutz betriebene Geschäft besteht im Wesentlichen aus der Übernahme von Risiken. In diesem Zusammenhang bildet die **Risikostrategie**, die sich aus der **Geschäftsstrategie** ableitet, die Grundlage des Risikomanagements und legt neben Prozessen und Verantwortlichkeiten die Risikoneigung der Gesellschaft fest. Sollten Konflikte mit Limit- oder Regelsystemen entstehen, wird über den **Risikomanagementkreislauf** sichergestellt, dass nach festgelegten Eskalationsstufen und Entscheidungsprozessen verfahren wird und die Geschäftsinteressen mit den Notwendigkeiten des Risikomanagements in Einklang gebracht werden. Dies garantiert eine stete Weiterentwicklung.

In der **Umsetzung des Risikomanagements** erfolgen Identifikation, Messung, Analyse und Bewertung von Risiken. Daraus leiten sich Berichterstattung, Limitierung und Überwachung der Risiken ab. Die Identifikation erfolgt dabei über geeignete Prozesse und Kennzahlen, ergänzt durch Meinungen und Einschätzungen von Experten.

Zur Berechnung der **Risikotragfähigkeit** unter Solvency II verwendet die DMB Rechtsschutz die **Standardformel** gemäß der delegierten Rechtsverordnung (DVO) der EU. Auf diesem Weg wird das verfügbare Kapital der DMB Rechtsschutz der nach Solvency II definierten Kapitalanforderung (SCR – Solvency Capital Requirement) gegenübergestellt. Hierbei wird die **aufsichtsrechtliche Solvenzbedeckung** dargestellt. Gemäß der ökonomischen Sichtweise der Solvency II-Regelungen werden das verfügbare Kapital und die Kapitalanforderungen auf Basis des Marktwertbilanzierungsansatzes ermittelt.

Über den **unternehmensindividuellen Bewertungsansatz** des **ORSA**-Prozesses (Own Risk and Solvency Assessment) hat in Ergänzung zum Standardansatz die unternehmenseigene Bewertung der Risiken zu erfolgen, die unternehmensindividuelle und geschäftsbezogene Verhältnisse besser abbildet. Dabei wird das verfügbare Kapital der individuell ermittelten Kapitalanforderung (GSB – Gesamtsolvabilitätsbedarf) gegenübergestellt.

Die quantitative Risikosituation der DMB Rechtsschutz wird mit Hilfe des **Risikotragfähigkeitskonzepts** überwacht. Dessen Ausrichtung leitet sich aus der Risikostrategie ab. Sie definiert, ob und in welcher Höhe vorhandenes Kapital zur Bedeckung bestehender Risiken zur Verfügung gestellt wird. Damit wird die zulässige Auslastung des Risikokapitals festgelegt.

Das unmittelbar daran anknüpfende **Limitsystem** stellt die Verbindung der strategischen Vorgaben mit den operativen Kenngrößen her. Diese dienen gleichzeitig als Frühindikatoren, da sie mit differenzierten Schwellenwerten belegt sind.

Zur Gewährleistung der permanenten Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen wird die Entwicklung der Schwellenwerte je Kenngröße regelmäßig überwacht. Für das unterjährige **Monitoring** wurden Ampelsysteme eingerichtet, verbindliche Eskalationsprozesse definiert und mit festgelegten Maßnahmen verknüpft. Der Zusammenhang zwischen den finanziellen Ressourcen und der aktuellen Risikosituation der Gesellschaft wird quartalsweise dem Vorstand berichtet.

Das Limitsystem bietet eine wesentliche Unterstützung bei strategischen Entscheidungen und ist durch seine detaillierte und frühzeitige Beobachtung relevanter Risiken ein elementares Steuerungsinstrument.

Das **interne Kontrollsystem** (IKS) hat über alle Risikokategorien hinweg die operationellen Risiken im Fokus. Die mindestens einmal jährlich vorgenommene Risikoinventur liefert für jede Abteilung eine Risikolandkarte und verknüpft dabei systematische Abläufe mit wesentlichen Risiken. Darauf aufbauend sind regelmäßige Kontrollen in die Geschäftsprozesse integriert.

Die **interne Risikoberichterstattung** informiert den Vorstand und insbesondere das Risikokomitee regelmäßig und zeitnah über alle wesentlichen Risiken und ihre potenziellen Auswirkungen. Sie besteht insbesondere aus regelmäßigen Risikoberichten zur Gesamtrisikosituation, zum Limitsystem und zur Entwicklung der Risikotragfähigkeit. Ergänzend erfolgen im Bedarfsfall Ad-hoc-Berichte über wesentliche, kurzfristig auftretende oder veränderte Risiken, sodass über diesen Frühwarnmechanismus rechtzeitig negative Trends erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Das Gesamtbild der jeweils aktuellen Risikosituation in qualitativer und quantitativer Hinsicht wird über die **externe Berichterstattung** der Öffentlichkeit und den Aufsichtsbehörden dargestellt. Die planmäßige Berichterstattung an die Versicherungsaufsicht erfolgt über das regelmäßige Regular Supervisory Reporting (RSR). Ein wesentlicher Bestandteil davon ist die Beschreibung der unternehmenseigenen Risiko- und Solvenzbeurteilung (ORSA). Der Öffentlichkeit vermittelt der Solvency and Financial Condition Report (SFCR) auf jährlicher Basis die Informationen zur Solvenz- und Finanzlage.

Wesentliche Risiken

Die DMB Rechtsschutz geht im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bewusst eine Vielzahl von Risiken ein. Diese Risiken werden einzeln gesteuert und dezidiert überwacht, um die damit verbundenen Chancen wahrnehmen zu können. **Risiko** definieren wir als mögliche künftige Entwicklungen oder Ereignisse, die zu einer negativen Prognose- bzw. Zielabweichung für die Gesellschaft führen können. Als „wesentlich“ gelten Risiken, die sich nachhaltig negativ auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der

DMB Rechtsschutz auswirken können. Wir stellen nachfolgend die **wesentlichen Risiken** dar. Diese können in mehreren Risikokategorien entstehen:

Strategische Risiken

Die angemessene Umsetzung der strategischen Ziele in der aktuellen Geschäftsplanung wird durch strategische Kontrollen gewährleistet, in die auch Markt- und Wettbewerbsbedingungen sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen Eingang finden. Strategische Entscheidungen sowie die Beurteilung der damit zusammenhängenden Risiken werden in den entsprechenden Gremien erörtert.

Der frühzeitigen Erkennung und Bekämpfung von **Reputationsrisiken** dienen regelmäßige Umfeldanalysen und Checklisten. Über Regelungen wie beispielsweise den Verhaltenskodex im Vertrieb, Zielvereinbarungen sowie regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit wird das Reputationsrisiko verringert.

Das Risiko der Fokussierung auf das Segment Miet-Rechtsschutz wurde durch die **stringente Ausrichtung auf zwei Geschäftsfelder** minimiert. Neben dem Privatkunden-Rechtsschutz stellen der Gewerbe- und der Landwirtschafts-Rechtsschutz die verbreiterte Basis dar. Im Vertrieb über Makler arbeitet die Gesellschaft darauf hin, einen breiten Mix zu erhalten.

Das Risiko eines zu geringen Beitragsvolumens und damit verbundener relativer Kostennachteile zur Erfüllung der regulatorischen und organisatorischen Anforderungen sowie zur Durchführung von notwendigen Zukunftsinvestitionen wurde durch die Umsetzung der **Wachstumsstrategie** deutlich verringert.

Risiken aus dem Versicherungsgeschäft

Im Wesentlichen unterliegt die Rechtsschutzversicherung dem **Prämienrisiko**, das den Zufallscharakter künftiger Schäden abbildet, und dem **Reserverisiko** aufgrund der ungewissen Höhe zukünftiger Verpflichtungen aus bereits eingetretenen Versicherungsfällen.

Der kalkulatorische Risikoausgleich kann misslingen, wenn zufallsbedingt höhere Schäden eintreten als erwartet oder der durchschnittliche Schadenverlauf irrtümlich unzureichend eingeschätzt wird. Ebenso können die Rechtsanwaltsgebühren und die Gerichtskosten so stark steigen, dass ein gleichzeitiger Ausgleich dieser Kostensteigerungen über die Beiträge nicht möglich ist. Auch können sich Gesetzgebung bzw. Rechtsprechung oder die soziale und wirtschaftliche Entwicklung so plötzlich ändern, dass keine rechtzeitige Anpassung erfolgen kann.

Tarife werden regelmäßig dahingehend überprüft, inwieweit sich die Annahmen, auf denen unsere **Kalkulation** beruht, nachträglich als überholt erweisen. Weichen die Grundlagen der Tarifierung von den tatsächlichen Ergebnissen ab, können die Beiträge für den Privatkunden-Rechtsschutz, den Gewerbe-Rechtsschutz sowie den Landwirtschafts-Rechtsschutz im Rahmen von Beitragsanpassungen auch bei bestehenden Verträgen geändert werden. Auslöser sind Abweichungen zwischen dem kalkulierten und dem erforderlichen Leistungsaufwand, wie sie in der Beitragsanpassungsklausel definiert sind. Für den Miet-Rechtsschutz könnten im Rahmen der Gruppenverträge mit den DMB Mietervereinen neue Vereinbarungen getroffen werden.

Die Gesellschaft beschränkt sich auf Geschäfte mit Privatkunden sowie kleinen und mittleren Geschäftskunden. Das landwirtschaftliche Segment wird ebenfalls mit der nötigen Sorgfalt ausgebaut. **Zeichnungsrichtlinien und -limits** verringern das subjektive Underwriting-Risiko. Hohe gewerbliche Risiken werden nicht gezeichnet. Firmenvertrags-Rechtsschutz und Manager-Rechtsschutz bietet die Gesellschaft nicht an.

Katastrophenrisiken ist die Gesellschaft nicht ausgesetzt.

Durch konsequente **Schadenverhütungsmaßnahmen** versucht die Gesellschaft, den Schadenaufwand zu begrenzen. Unser Schadenmanagement überwacht laufend die Schadenentwicklung. Wir arbeiten mit den Mietervereinen zur Optimierung der außergerichtlichen Erledigung von Streitfällen in deren Rechtsberatung vertrauensvoll zusammen und begrenzen auf diese Weise das Schadenrisiko in unserem Gruppenversicherungsgeschäft.

Über eine sicherheitsorientierte **Rückversicherungspolitik** begrenzen wir die maximale Schadenbelastung sowohl durch größere Schäden aus einzelnen Policen als auch aufgrund von Kumulereignissen bzw. starken Kostenerhöhungen.

Die Schadenquoten sind im Zeitablauf ausgeglichen und im Marktvergleich niedrig. Besondere Sorgfalt wenden wir bei der **Schadenreservierung** an. Wir bestimmen die Reserven für Schäden und Schadenregulierungskosten nach den Grundsätzen versicherungsmathematischer Praxis auf der Basis fundierter Annahmen, Methoden und Bewertungen. Diese Annahmen werden jährlich aktuariell überprüft und aktualisiert. Darüber hinaus gibt die versicherungsmathematische Funktion jährlich eine Beurteilung der Angemessenheit der Methoden und Annahmen zur Bestimmung der versicherungstechnischen Rückstellungen ab. Die aktuariellen Berechnungen zeigen, dass die Vorgehensweise zu ausreichenden Reserven geführt hat. Dabei wurden auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die versicherungstechnischen Rückstellungen, insbesondere aufgrund der Inflationsentwicklung, erneut erhöht.

	2023	2022	2021	2020	2019	2018	2017
Schadenquote in % ¹⁾	61,5	61,4	64,4	66,0	66,8	67,6	68,3
Abwicklungsquote in % ²⁾	11,4	13,0	3,9	3,1	2,6	4,3	7,0

¹⁾ Netto-Schadenaufwendungen in % der verdienten Netto-Beiträge

²⁾ Netto-Abwicklungsergebnis in % der Netto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen

Die Forderungsausfallrisiken in der Zusammenarbeit mit Versicherungsvermittlern sind marginal. Sofern in Einzelfällen Inkassovollmachten erteilt sind, werden diese strikt überwacht. Risiken aus Prämienforderungen gegen Versicherungskunden werden durch unser Beitragsinkasso und durch Mahnverfahren minimiert. Zum Bilanzstichtag bestanden 1.844 T€ (i. V. 1.825) ausstehende Forderungen. Davon entfielen auf ausstehende Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern, deren Fälligkeitszeitpunkt am Bilanzstichtag mehr als 90 Tage zurücklag, 790 T€ (i. V. 1.017).

Zur Risikovorsorge werden **Wertberichtigungen** auf den Forderungsbestand vorgenommen. In den vergangenen drei Jahren wurden durchschnittlich 20,7 Prozent (i. V. 24,6) der zum Bilanzstichtag bestehenden Forderungen wertberichtigt, was einem Anteil von 1,0 Prozent der verdienten Beiträge entspricht. Nach unseren Erfahrungen ist dies ausreichend. Dem Risiko des Ausfalls von Rückversicherern tragen wir durch Bonitätsprüfungen Rechnung. Insgesamt bestehen Forderungen gegenüber einem Rückversicherer in Höhe von 1 T€; dieser Rückversicherer ist von drei Rating-Agenturen mit jeweils höchsten Bonitätsnoten geratet, z. B. von S&P Global mit AA+.

Risiken aus Kapitalanlagen

Neben den gesetzlichen Normen, aufsichtsrechtlichen Vorschriften und privatrechtlichen Vertragsbedingungen stellt die unternehmensinterne **Leitlinie zur Kapitalanlage** den zentralen Rahmen für

die Kapitalanlagetätigkeit dar. Die **Richtlinie zur Kapitalanlage** spezifiziert die Kapitalanlagetätigkeit. Demnach wird in bestimmte Kapitalanlageklassen gemäß dem Anlagekatalog der Gesellschaft grundsätzlich nicht investiert, z. B. direkte Beteiligungen an Private Equity. Im Direktbestand werden keine Investments in freistehende derivative Finanzinstrumente, mehrfach strukturierte Produkte sowie Asset Backed Securities (ABS), Credit Default Swaps (CDS), Credit Linked Notes (CLN) oder Collateralized Debt Obligations (CDO) vorgenommen.

Verschiedene organisatorische Abläufe regeln die **Funktionstrennung** von Handel, Abwicklung, Controlling und Rechnungswesen. Unser Risikomanagement umfasst die Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung, Dokumentation und Kommunikation der Risiken. Die Überwachung dieser Tätigkeiten erfolgt durch die Revision.

Die regelmäßige Erfassung, Analyse und Bewertung der spezifischen Kapitalanlagerisiken wird von unserem Controlling-System sichergestellt. Die fortlaufende Überwachung der Risikosituation und die Einhaltung der Leitlinie zur Kapitalanlage sowie des Anlagekatalogs sind durch regelmäßige Reports und das **Kapitalanlagekomitee** der Gesellschaft gewährleistet. In dessen regelmäßigen Sitzungen werden auch die grundsätzlichen Anlageentscheidungen getroffen. Pro Jahr sind sechs Sitzungen vorgesehen; weitere finden bei Bedarf statt.

Das **Marktrisiko** setzt sich aus dem Zins-, Credit-Spread-, Aktien-, Währungs- und dem Immobilienrisiko zusammen. Diese systematischen Risiken werden mittels Stresstests und Risikoszenarien analysiert und überwacht.

Die Quantifizierung der Aktienkurs- und Zinsrisiken erfolgt im Standardmodell von Solvency II sowie durch unternehmensindividuelle Bewertungen. Zusätzlich werden **Szenariorechnungen** erstellt. Ein Beispiel ist der nachfolgend dargestellte DRS 20-Stresstest. Dabei werden die Auswirkungen auf die jeweilige Veränderung des Marktwerts simuliert: Bei den Aktien wird ein Rückgang um 20 Prozent für die börsenkursensiblen Kapitalanlagen angenommen. Bei den festverzinslichen Wertpapieren und Ausleihungen wird eine Verschiebung der Zinsstrukturkurve um 100 Basispunkte (BP) jeweils nach oben und unten für die zinsensitiven Kapitalanlagen unterstellt.

Um den unsicheren Marktgegebenheiten Rechnung zu tragen, wurde der Stresstest nach DRS 20 um einen Rückgang der aktienkursensiblen Anlagen um 35 Prozent und eine Verschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 Basispunkte nach oben ergänzt. Die Marktwertveränderung bei börsennotierten Aktienanlagen wird sowohl ohne Absicherungsmaßnahmen als auch mit Absicherung ausgewiesen.

Auswirkungen auf den Marktwert (in T€)	2023	2022
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Kursrückgang um 20 % ohne Absicherung	-315	-866
Kursrückgang um 20 % mit Absicherung	-283	-221
Kursrückgang um 35 % ohne Absicherung	-552	-1.515
Kursrückgang um 35 % mit Absicherung	-439	-331
Festverzinsliche Wertpapiere und Ausleihungen		
Verschiebung der Zinskurve um -100 BP	+2.011	+3.009
Verschiebung der Zinskurve um +100 BP	-2.002	-2.897
Verschiebung der Zinskurve um +200 BP	-3.885	-5.574

Für den **Spezialfonds der Gesellschaft** wurden eindeutige Anlagegrundsätze festgelegt. Investment Guidelines regeln die Anlagetätigkeit. Der Fonds hat ein klar definiertes Risikobudget: Bei Erreichen der definierten Schwellenwerte greift ein Maßnahmenkatalog, der das weitere Marktrisiko des Fonds sukzessive reduziert. Das Gesamtrisiko des Fonds wird so kontrolliert, um ein bestimmtes Mindestergebnis im Zeitablauf sicherzustellen. Die jeweilige Allokation und die Inanspruchnahme des Risikobudgets werden mittels eines Modells regelmäßig überwacht und den aktuellen Entwicklungen angepasst.

Ein wesentliches Kriterium für die Aktienausswahl ist die Dividendenrendite. Die strategieinhärente, langfristige Absicherungsstrategie reduziert größere Risiken. Die genau umschriebene Einsatzmöglichkeit derivativer Finanzinstrumente ermöglicht es dem Fondsmanagement, Wertpapierbestände abzuschließen und so das Marktrisiko zu verringern sowie Zusatzerträge zu erzielen. Zur Begrenzung speziell des Aktienkursrisikos finden differenzierte Instrumente Anwendung. Das Marktrisikopotenzial wird strikt überwacht.

Bei vom Spezialfonds indirekt gehaltenen Vermögensgegenständen ist die Beachtung des Grundsatzes der Anlagesicherheit über die Investment Guidelines sichergestellt. Das Managerrisiko bleibt weiterhin durch den Einsatz mehrerer Verantwortlicher eingegrenzt.

Die Zinsrisiken werden innerhalb des Spezialfonds durch ein Durationsmanagement gesteuert. Das Zinsänderungsrisiko wird anhand der monatlich ermittelten Kennzahl Modified Duration bewertet und bezogen auf die Ergebnissituation analysiert. Je nach Marktlage wird die Duration angepasst und so das Zinsrisiko begrenzt. Die Modified Duration der Rententitel im Spezialfonds lag im Durchschnitt bei 3,7 Jahren, für den Gesamtbestand bei 3,3 Jahren.

Die Einhaltung unserer Anlagegrundsätze wird vom Fondsmanagement, der Kapitalverwaltungsgesellschaft und unserem Controlling ständig überwacht. In den Anlageausschusssitzungen werden die Anlagegrundsätze regelmäßig auf ihre Einhaltung und Aktualität überprüft.

Werden im Direktbestand einfach strukturierte Produkte eingesetzt, unterliegen diese im Hinblick auf Risikomanagement und Controlling einer ständigen Überwachung und regelmäßiger Berichterstattung an den Aufsichtsrat. Ende 2023 befanden sich 29 einfach strukturierte Produkte im Direktbestand.

Zur Risikostreuung und Erzielung einer höheren Rendite hält die Gesellschaft einen Fremdwährungsanteil. **Währungsrisiken** betreffen hauptsächlich den US-Dollar. Im Direktbestand beträgt der Anteil von Fremdwährungen am gesamten Kapitalanlagebestand 5,1 Prozent. Zusammen mit den im Spezialfonds gehaltenen Anlagen beläuft sich der Anteil von Fremdwährungen auf 18,3 Prozent. Immobilienrisiken sind von untergeordneter Bedeutung. Die wesentliche Immobilienanlage ist das Geschäftshaus in Köln, das von der Gesellschaft zu 71 Prozent selbst genutzt wird.

Das **Kreditrisiko** umfasst den potenziellen ökonomischen Wertverlust des Portfolios durch Verschlechterung der Bonität eines Schuldners (Migrationsrisiko) bzw. die Unfähigkeit oder Unwilligkeit des Kontrahenten, seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen (Ausfallrisiko). Um diese unsystematischen Risiken zu begrenzen, werden die Handelspartner sorgfältig nach Rating-Gesichtspunkten ausgewählt. Schwerepunktmäßig wird in Investment-Grade-Anleihen investiert. Veränderungen in den **Ratings** werden durch das Controlling regelmäßig überwacht. Die externen Ratings werden gemäß den aufsichtsrechtlichen Vorgaben plausibilisiert.

	2023	2022
Festverzinsliche Wertpapiere und Anleihen ¹⁾	Buchwert in T€	Buchwert in T€
Staatsanleihen	12.381	1.074
Pfandbriefe	10.793	9.728
Corporates	24.840	19.266
Financials	5.155	5.175
Gesamt	53.169	35.243
Rating ²⁾		
Aaa/AAA	17.575	9.480
Aa/AA	8.511	3.596
A/A	11.229	8.473
Baa/BBB	8.725	6.729
Ba/BB	953	525
B/B	866	927
CC	0	121
kein Rating ³⁾	5.310	5.392
Gesamt	53.169	35.243

¹⁾ Direktbestand / im Spezialfonds

²⁾ Bezeichnung der Ratingklassen nach Standard & Poor's bzw. Moody's, Namenspapiere sind nach Emittentenrating klassifiziert

³⁾ Kein Rating der Rating-Agenturen bei 11 Anleihen; internes Rating BBB, BB+ bzw. B+

Die Ausleihungen der DMB Rechtsschutz liegen bis auf wenige Ausnahmen im Investment-Grade-Bereich. Für die Papiere, die durch Downgrading nicht mehr in diesem Bereich liegen, wurde durch umfassende Analysen geprüft, inwieweit sie im Bestand gehalten werden können. Nach positivem Bescheid durch das Fondsmanagement und darauffolgender Prüfung durch die DMB Rechtsschutz bzw. für den Direktbestand durch Prüfung und Genehmigung des Kapitalanlagekomitees der DMB Rechtsschutz wurden für die jeweiligen Papiere Ausnahmegenehmigungen erteilt.

Im Direktbestand der DMB Rechtsschutz sowie im Spezialfonds befinden sich Anleihen diverser Kreditinstitute, die sich nach der Art ihrer Besicherung unterscheiden. Die DMB Rechtsschutz hat die Streuung der Zinsträger breit gefächert. So überschreitet beispielsweise im Direktbestand kein Kreditinstitut 0,4 Prozent des Sicherungsvermögens. Genusscheinkapital bzw. stille Beteiligungen sind nicht im Bestand.

	Buchwert		in %		in % der gesamten	
	2023	2022	bei Banken	2022	2023	2022
Exposure gegenüber Kreditinstituten¹⁾						
Pfandbriefe	10.793	9.728	68	65	20	28
Schuldverschreibungen	4.762	4.876	30	33	9	14
Nachrangige Ausleihungen	394	299	2	2	1	1
Gesamt	15.949	14.903	100	100	30	43

¹⁾ Direktbestand / im Spezialfonds direkt gehalten

Dem Risiko der **Konzentration** der Anlagen tragen wir durch eine ausreichende Kapitalbedeckung innerhalb der Standardformel gemäß Solvency II und Beachtung des internen Limitsystems sowie des Anlagekatalogs Rechnung. Die Konzentration auf einzelne Emittenten überwachen wir über die Assetklassen hinweg. Konzentrationsrisiken zur Versicherungstechnik sind nicht vorhanden. Kontrahentenrisiken sind von absolut untergeordneter Bedeutung.

Über die **Leitlinie zur Liquidität** wird die jederzeitige Zahlungsmöglichkeit sichergestellt. Das **Liquiditätsrisiko** wird anhand eines detaillierten Liquiditätsplans überwacht und gesteuert. Dabei werden die Mittelzu- und -abflüsse aus den Kapitalanlagen und der Versicherungstechnik berücksichtigt. Über die regelmäßige Überwachung der Liquiditätsströme sowie die Streuung der Anlagen wird ausgeschlossen, dass Wertpapiere verkauft werden müssen, die im spezifischen Marktumfeld nicht oder nur mit hohen Abschlägen zu liquidieren wären. Speziell im aktuellen Umfeld einer anhaltend hohen Inflation und damit einhergehenden Zinssteigerungen wurden zusätzliche Szenarioanalysen durchgeführt, um negative Auswirkungen durch ein erweitertes Anlagevermögen auszuschließen.

Für den risikoorientierten Abgleich der Aktiv- und Passivseite, das **Asset Liability Management (ALM)**, dient u. a. ein Excel-basiertes Programm (ALM-Simulator), das kontinuierlich weiterentwickelt wird. Der ALM-Simulator umfasst insbesondere spezifische Szenariorechnungen, auch für den Best und Worst Case.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken betreffen Verluste, die aus unzureichenden oder fehlgeschlagenen internen Betriebsabläufen, Fehlern von Mitarbeitern oder Systemen sowie externen Ereignissen entstehen können. Sie umfassen auch rechtliche und Compliance-Risiken.

Das Management der operationellen Risiken erfolgt über das **IKS**. Dem Risiko sog. doloser Handlungen von Mitarbeitern beugen wir durch eindeutige Vollmachtsgrenzen für zahlungsrelevante Vorgänge, verbunden mit technischen Kontrollen, sowie durch die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips vor. Durch Richtlinien, Arbeitsanweisungen und Plausibilitätsprüfungen in den IT-Systemen begrenzen wir das operationelle Risiko.

Der produktgetriebene Geschäftsansatz und Marktauftritt der DMB Rechtsschutz bei einer schlanken Unternehmensstruktur erfordert entsprechende Applikationen bzw. Fachanwendungen, eine adäquate technische Infrastruktur und eine effiziente Sourcingstrategie. Die versicherungsspezifische Anwendungslandschaft ist so ausgerichtet, dass sie auch in Zukunft die notwendige Flexibilität für Vertrieb und Produktgestaltung sowie ein schnelles Reagieren auf Markterfordernisse sicherstellt. Die DMB Rechtsschutz entwickelt kontinuierlich ihre Anwendungssysteme weiter. Die Geschäftsprozesse werden regelmäßig analysiert und bei Bedarf angepasst. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Automatisierung und Digitalisierung.

Die **IT-Strategie** wurde vom Vorstand festgelegt, sie umfasst das Management der IT-Ressourcen und das IT-Risikomanagement. Darüber hinaus regelt sie die IT-Aufbau- und IT-Ablauforganisation. Sie wird in einem regelmäßigen Turnus aktualisiert und bei Veränderungen der Aktivitäten und Prozesse zeitnah angepasst.

Ein wesentlicher Pfeiler der IT-Strategie der DMB Rechtsschutz ist der Einsatz von Standardsoftware, insbesondere für die versicherungsspezifischen Anwendungen/Applikationen. Interne Softwareentwicklung im Bereich der unternehmensrelevanten Kernprozesse findet nur noch sehr begrenzt statt.

Der zweite wesentliche Pfeiler der IT-Strategie umfasst die Auslagerung des Betriebs sowie wichtiger Teile der Infrastruktur in ein professionelles Rechenzentrum. Das bietet ein hohes Level an IT- und Datensicherheit, Ausfallsicherheit, Katastrophenvorsorge sowie Datenschutz.

Die versicherungsaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die IT (**VAIT**) bilden das regulatorische Rahmenwerk für die Sicherheit und Governance im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie im Rahmen der MaGo.

Ein fortlaufender Prozess der Planung, Umsetzung, Erfolgskontrolle sowie Optimierung der Informationssicherheit im Unternehmen wurde etabliert. Die mit dem Management der Informationsrisiken verbundenen Aufgaben, Kompetenzen, Verantwortlichkeiten, Kontrollen und Kommunikationswege wurden definiert und aufeinander abgestimmt. Zudem sind angemessene Identifikations-, Bewertungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse eingerichtet und diesbezügliche Berichtspflichten definiert.

Besonderes Augenmerk liegt auf dem **IT-Notfallmanagement** und der operativen Informationssicherheit. IT-Notfallmanagement umschreibt die Vorsorge sowie die konkreten Maßnahmen bei IT-Notfällen. Diese werden sukzessive in die betrieblichen Abläufe integriert. Im Rahmen der operativen Informationssicherheit werden Integrität, Verfügbarkeit, Authentizität sowie Vertraulichkeit von Unternehmensdaten sichergestellt. Maßgebliche Kriterien sind dabei der Schutzbedarf und die potenziellen Angriffsflächen.

Die **Informationsrisiken** werden regelmäßig ermittelt, der jeweilige Schutzbedarf wird daraus abgeleitet und Maßnahmen werden festgelegt. Die **Leitlinie zur Informationssicherheit** sowie die konkretisierenden Richtlinien, Handlungsanweisungen und Prozesse dazu dienen der Vermeidung, der Identifizierung, dem Schutz, der Entdeckung, der Reaktion sowie der Wiederherstellung der Informationssicherheit.

Das Hochsicherheitsrechenzentrum von CANCOM erfüllt die höchsten Datenschutz- und Datensicherheits-Qualitätsstandards (u. a. ISO/EC27001, C5-Prüfkatalog des BSI, Zertifizierung durch TÜV SÜD) und verfügt über eine lückenlose Rund-um-die-Uhr-Überwachung. Über ein leistungsstarkes Hochgeschwindigkeitsnetz (Backbone) ist die DMB Rechtsschutz hochperformant angebunden. Um das Risiko eines Ausfalls des Rechenzentrums zu kompensieren, werden für die DMB Rechtsschutz alle produktiv notwendigen Server auch in einem zweiten Rechenzentrum vorgehalten (Dual Data Center). Im Fall einer Störung im produktiven Rechenzentrum werden die Sicherheitskopien auf diese bereitstehenden IT-Ressourcen eingespielt. Die potenzielle operative Ausfallzeit in einem Störfall ist somit auf wenige Stunden begrenzt. Die Überprüfung der Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen erfolgt jährlich in einem Audit durch die Revision.*)

Die Kommunikationsverbindungen in der Hauptverwaltung werden über zwei unterschiedliche technische Wege realisiert. Für den Fall, dass die Räumlichkeiten der DMB Rechtsschutz nicht nutzbar sein sollten, sieht der Notfallplan vor, dass jederzeit auf die Systeme der DMB Rechtsschutz durch die Nutzung der Citrix-Anwendung zugegriffen werden kann.*)

Jeglicher Datentransfer ist durch Firewalls abgesichert. Die für das Maklerportal bzw. die Website der Gesellschaft eingesetzten Server stehen in einer eigens hierfür konzipierten demilitarisierten Zone (DMZ). Alle anderen Server sind nur für freigeschaltete IP-Adressen und -Ports von der Außenwelt erreichbar. Somit ist ein direkter Zugriff vom Internet auf diese Server nur für berechtigte Partner möglich.*)

Die **Benutzerberechtigungen** sind definiert, im Berechtigungskonzept schriftlich festgehalten und werden so genutzt, wie es den organisatorischen und fachlichen Vorgaben entspricht. Die eingeräumten Berechtigungen werden regelmäßig überprüft.

*) Der Abschlussprüfer hat diesen Absatz nicht geprüft, da er „lageberichts-fremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft für das Verständnis wesentlich ist.

Netzwerkzugriffe sind durch eine Benutzererkennung und ein Passwort geschützt. Die Passwörter müssen der Passwort-Policy entsprechen und regelmäßig geändert werden. Entsprechende Berechtigungen steuern den Zugang zu Anwendungen, Verzeichnissen oder Ressourcen für die jeweiligen Mitarbeiter. Zusätzlich zum Virenschutz werden die Server regelmäßig mit aktuellen Patches und Updates versorgt. Internetzugriffe von außerhalb erfordern immer eine Zwei-Faktor-Authentifizierung. Die Befugnisse innerhalb des Bestandsführungssystems sind nach dem Berechtigungskonzept in Rollen und Rechte unterteilt. Im Fall des Ausscheidens eines Mitarbeiters werden dessen Accounts gesperrt.

Die Sicherheit einzelner Rechner ist über den Ausschluss von Administratorenrechten, automatisches Einspielen von Patches und Updates, BIOS-Passwörter, Virenschutz sowie Passwortsperrern gegeben. Lokale Software wurde bei nahezu allen Arbeitsplatzrechnern deinstalliert und in die Citrix-Umgebung überführt. Bei den wenigen verbliebenen Rechnern, bei denen das Erfordernis einer lokalen Softwareinstallation besteht, sind die Festplatten durch Verschlüsselungen abgesichert. Bei Mobiltelefonen sind alle sicherheitsgefährdenden Apps verboten. Die Geräte werden bei Nichtgebrauch unmittelbar gesperrt und sind nur durch Fingerabdruck oder Passwort zu entsperren.

Alle aufgeführten Maßnahmen dienen auch der **Cyber-Sicherheit**. Die Vielzahl von Cyber-Angriffen auf Unternehmen und Organisationen hat die DMB Rechtsschutz zum Anlass genommen, ihre Abwehrmechanismen zu verstärken. Da eine vollständige Absicherung beispielsweise gegen E-Mail-Compromise, Ransomware, DDoS-Angriffe, Phishing, Advanced Persistent Threat Angriffe und Data Leakage nicht oder nur mit extrem hohem finanziellen Aufwand möglich ist, werden die Maßnahmen regelmäßig mit dem potenziellen Risiko abgeglichen und bewertet. Die Schutzbedarfsanalyse stellt dabei den ersten Indikator dar, welche Systeme besonders schützenswert sind. Verbesserungen der Schutzmaßnahmen werden kontinuierlich erarbeitet und implementiert.

Zur Vermeidung von Cyber-Angriffen ist die Security Awareness ein zentraler Faktor. Für die Belegschaft wurde daher ein kontinuierliches Sensibilisierungs- und Schulungsprogramm für Informationssicherheit ins Leben gerufen und im Geschäftsjahr erstmals erfolgreich absolviert. Die IT-Sicherheit wird stetig weiterentwickelt.

Der **Informationssicherheitsbeauftragte** der Gesellschaft agiert unabhängig und gewährleistet die Einhaltung der Anforderungen und die Überwachung der Informationssicherheit. Die Optimierung der Informationssicherheit ist eine permanente Aufgabe, die IT-, Telekommunikations- und Datensicherheit genauso umfasst wie Datensicherung und -schutz.

IT-Projekte werden unter Berücksichtigung der Risiken im Hinblick auf Dauer, Ressourcenverbrauch und Qualität gesteuert. Die einzelnen Projekte sind klar priorisiert, sodass im IT-Projekte-Portfolio gegenseitige Abhängigkeiten überwacht werden.

Sollten wesentliche Funktionen durch Outsourcing-Dienstleister erbracht werden, überwacht der zentrale **Ausgliederungsbeauftragte** der DMB Rechtsschutz im Zusammenspiel mit den jeweiligen dezentralen Ausgliederungsverantwortlichen die Qualität dieser Dienstleistung. Über das Business Continuity Management (BCM) wird sichergestellt, dass auch im Fall von Ausfällen, Störungen oder Katastrophen bei den Dienstleistern unsere kritischen Geschäftsfunktionen erfüllt werden können.

Regulatorische Kapitalausstattung gemäß Solvency II

Zur Berechnung der Risikotragfähigkeit unter Solvency II verwendet die DMB Rechtsschutz die **Standardformel** ohne den Einsatz unternehmensspezifischer Parameter.

In der Rechtsschutzversicherung wird das **Risikoprofil** wie bei allen Schaden-/Unfallversicherern vom versicherungstechnischen Risiko dominiert. Die zweitgrößte Kategorie umfasst das Risiko aus der Kapitalanlage.

Im **unternehmensindividuellen Bewertungsansatz** wurde das verfügbare Kapital der individuell ermittelten Kapitalanforderung dem Gesamtsolvabilitätsbedarf (GSB) gegenübergestellt. Es weist i. d. R. eine höhere Bedeckungsquote auf als im aufsichtsrechtlichen Standardmodell. Dies basiert auf einer niedrigeren Kapitalanforderung, die im Rahmen des **ORSA-Prozesses** ermittelt wird. Im unternehmens-eigenen Ansatz werden die risikorelevanten Parameter in der Versicherungstechnik aus den historischen Daten der DMB Rechtsschutz gewonnen. Berücksichtigung findet auch die individuelle Struktur und Zusammensetzung des Kapitalanlageportfolios. Bei der Betrachtung des Spezialfonds wird sowohl auf die Datenhistorie als auch auf das Know-how des Asset-Managers zurückgegriffen. Basierend auf den historischen Entwicklungen gehaltener Einzeltitel bzw. Referenzwerte werden monatlich die einzelnen Volatilitäten und Korrelationen ermittelt. Außerdem wird die langfristige, strategieinhärente Absicherung bei Aktien berücksichtigt. Darauf aufbauend wird in Anlehnung an Solvency II über einen Value-at-Risk-Ansatz (VaR) das notwendige Risikokapital ermittelt. Über diesen Ansatz wird der höchstmögliche Wertverlust des Spezialfonds-Portfolios bei einer Eintrittswahrscheinlichkeit (Konfidenzintervall) von 99,5 Prozent und einem festgelegten Zeithorizont (Haltedauer) von einem Jahr ermittelt, was einem 200-Jahres-Ereignis entspricht.

Der aktuellen Situation geschuldet, werden im ORSA-Prozess auch die Unsicherheiten hinsichtlich Dauer und Auswirkungen der **Inflationentwicklung** über die Einbeziehung unterschiedlicher Szenarien berücksichtigt.

Der Klimawandel beschäftigt die Weltöffentlichkeit und auch die politische Agenda zunehmend. Er zeigte sich in den letzten Jahrzehnten u. a. in der Zunahme von Hitzewellen, dem stetigen Anstieg der Durchschnittstemperatur und des Meeresspiegels und der mancherorts veränderten Häufigkeit von extremen Niederschlägen und Unwetterereignissen. Diese Beobachtungen führen auch in Deutschland mehr und mehr zu einem Umdenken in der Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund haben Nachhaltigkeitsrisiken bereits ihren Eingang in die strategischen Überlegungen, die Geschäftsorganisation und das Risikomanagement der DMB Rechtsschutz gefunden. Im Zuge eines langfristig vorausschauenden Ansatzes für Klimawandelrisiken beschäftigt sich die Gesellschaft im ORSA-Prozess auch mit klimawandelbezogenen Szenario-Analysen.

Im Rahmen unserer **externen Berichterstattung** wird der Bericht zur Solvenz- und Finanzlage (SFCR), der die Risikosituation der DMB Rechtsschutz 2023 vollumfänglich darstellt, im April 2024 auf der Website der Gesellschaft veröffentlicht.

Eigenkapital

Die **Eigenkapitalquote**, ermittelt als das bilanzielle Eigenkapital abzüglich der geplanten Ausschüttung im Verhältnis zu den verdienten Bruttobeiträgen, liegt bei 35,5 Prozent (i. V. 35,7).

Zusammenfassung

Wir können keine Entwicklung erkennen, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig und wesentlich beeinträchtigen würde. Den Fortbestand der Gesellschaft sehen wir in keiner Weise beeinträchtigt.

Chancenbericht

Die DMB Rechtsschutz ist konzernunabhängig und hat eine stabile Aktionärsstruktur. Sie besitzt dank ihrer **klaren Positionierung** vielfältige Chancen im Rechtsschutz-Markt. Die Gesellschaft orientiert sich konsequent an den Bedürfnissen ihrer Kunden und Vertriebspartner.

Im Miet-Rechtsschutz ist die Gesellschaft Marktführer und arbeitet mit dem Deutschen Mieterbund und den DMB Mietervereinen vertrauensvoll zusammen. Das Beitragsrückerstattungsmodell ist dabei ein wichtiger Erfolgsfaktor.

Im Geschäftsfeld für Privat-, Geschäfts- und Landwirtschaftskunden sowie Vereine bietet das Unternehmen für nahezu alle Rechtsschutzbereiche gute und günstige Produkte an. Sie werden konsequent ausgebaut. Den zentralen Vertriebsweg für dieses Geschäftsfeld bilden die unabhängigen Vermittler.*)

Der Maklervertrieb wird im beratungsaffinen Kundensegment aufgrund der gestiegenen Kundenbedürfnisse und der erhöhten Anforderungen an die Beratungsleistung weiter an Bedeutung gewinnen. Als Gründungsmitglied der **Bundesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Versicherungsmakler (BFV)** setzen wir uns für den Berufsstand der Makler ein. Ziel der BFV ist es, u. a. die Tätigkeit und die besondere Rechtsstellung des Versicherungsmaklers bekannter zu machen und dadurch seine Rolle zu stärken.

Sicherheit und Qualität für Kunden und Vertriebspartner *)

In regelmäßigen Analysen erhält die DMB Rechtsschutz sehr gute Bewertungen im Hinblick auf Erfahrung, Sicherheit, Erfolg, Bestandsentwicklung sowie Kapitalanlage. Die Gesellschaft zeichnet sich laut Umfragen durch eine hohe Verbraucherorientierung und eine hohe Transparenz aus. Bei der Schadenregulierung und Leistungsgewährung schneidet die DMB Rechtsschutz gut ab.

Die DMB Rechtsschutz ist der „**zuverlässige Maklerpartner**“ in der Umfrage des „**versicherungs-tip**“-Partnerschaftsspiegels 2018. Als erster Versicherer trägt die Gesellschaft das Siegel mit dem Gesamturteil: „*Die DMB Rechtsschutz hat ein hervorragendes Preis-Leistungs-Verhältnis und ist ein zuverlässiger Maklerpartner.*“

Für **Produkte** im Maklervertrieb ist ein herausragendes Preis-Leistungs-Verhältnis, verbunden mit der unverzichtbaren Haftungssicherheit, essenziell. Die nachhaltige Entwicklung unserer Produkte und Bedingungen wird bestätigt durch die Vielzahl an hervorragenden Ergebnissen in Verbrauchertests der letzten Jahre. Insbesondere für die Entwicklung unseres Produkts mit besonderer Nachhaltigkeit YOLIG erhielten wir 2023 die Auszeichnung „**Versicherungsprodukt des Jahres**“. Darüber hinaus erhielt die Gesellschaft eine Reihe weiterer Auszeichnungen.

Auch für ihre **Servicestärke** bei Kunden und Vertriebspartnern wurde die DMB Rechtsschutz mehrfach ausgezeichnet.

*) Der Abschlussprüfer hat diesen Abschnitt nicht geprüft, da er „lageberichtsfremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft wichtige Informationen enthält.

Vier Leistungsversprechen für den Maklervertrieb ^{*)}

Die Gesellschaft setzt konsequent auf günstige und leistungsstarke Produkte, hervorragenden Service, einen mehrschichtigen Vertriebsansatz und innovatives Marketing. Mit unseren Vertriebspartnern pflegen wir einen partnerschaftlichen Umgang, unser Verständnis beschreibt der Slogan „**Alles Recht: Günstig. Gut. Gemeinsam.**“ Die umfassenden Leistungen der DMB Rechtsschutz im Maklervertrieb zeigt die zusammenfassende Leistungsmatrix auf Seite 4 dieses Geschäftsberichts.

1. Günstige, leistungsstarke und flexible Produkte ^{*)}

Die DMB Rechtsschutz bietet ihren Kunden individuelle und flexible Leistungskombinationen ohne überflüssige, unzeitgemäße Inhalte. Das macht die Produkte so leistungsstark wie nötig und so günstig wie möglich. Die Attribute „gut“ und „preiswert“ schließen sich dabei nicht aus. Ergänzend sind Komfortmerkmale wichtig: Die DMB Rechtsschutz sorgt dafür, dass ihre Kunden automatisch von zukünftigen Verbesserungen profitieren. Dies eröffnet Vertriebspartnern besondere Chancen in einem hart umkämpften Markt und bietet den Versicherungsnehmern umfassenden Versicherungsschutz zu günstigen Konditionen.

Ein ganz besonders wichtiger Aspekt im Rahmen der Produktgestaltung ist **Nachhaltigkeit**. Dieser Anspruch hat sich in den Köpfen der Verbraucher festgesetzt und ist ein essenzielles Zukunftsthema. Das **neue Produkt YOLIG** eröffnet unseren Vertriebspartnern einen entsprechenden Beratungsansatz. YOLIG ist der ausgezeichnete Rechtsschutz für Privatkunden mit besonderer Nachhaltigkeit und bietet Kunden, die sich aktiv für ein zukunftsbewusstes Leben entscheiden und denen Umwelt- und Klimaschutz bei ihrem Rechtsschutz-Vertrag wichtig sind, viele zusätzliche Vorteile.

YOLIG wird klimafreundlich bearbeitet vom Online-Abschluss im Maklerportal bis zur bevorzugten Kommunikation per E-Mail oder Telefon. Für Menschen, die sich bewusst gegen ein eigenes Auto entscheiden, bietet der besondere Mobilitäts-Rechtsschutz Sicherheit beim gewerblichen Car-Sharing, Fahren von E-Bikes und Fahrrad, im öffentlichen Bus- und Bahnverkehr, als Skater, Reiter und Fußgänger. Wer auf ein Auto nicht verzichten kann, aber ein Fahrzeug mit Elektro- oder alternativem Antrieb fährt, spart deutlich im Verkehrs-Rechtsschutz. Versicherungsschutz besteht auch für Streitigkeiten bei Kauf, Installation und Betrieb einer eigenen Photovoltaik-, Solar- oder Windenergieanlage sowie bei Streit aus der entgeltlichen Einspeisung ins öffentliche Stromnetz.

Für jeden **YOLIG-Vertrag** spendet die DMB Rechtsschutz zudem einen festgelegten Betrag an ein **Umwelt- und Klimaschutzprojekt**. Mit YOLIG unterstreicht die Gesellschaft ihre Ausrichtung; die DMB Rechtsschutz nimmt Umweltschutz sehr ernst und ist schon seit 2010 klimaschutz zertifiziert.

Die Gesellschaft hat Produkte exklusiv für den Maklervertrieb entwickelt, um der besonderen Beratungskompetenz und Lösungsorientierung der freien Vermittler gerecht zu werden: Im Privatkundenbereich ist **EXPERT** der leistungsstarke Schutz mit einer Reihe besonderer Leistungen. **PRESTIGE** ist der Premium-Rechtsschutz für Kunden, die selbst anspruchsvollste Bereiche absichern möchten. Die Produktlinie **Standard** bietet ein besonders gutes Preis-Leistungs-Verhältnis mit vielen Serviceleistungen.

^{*)} Der Abschlussprüfer hat diesen Abschnitt nicht geprüft, da er „lageberichtsfremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft wichtige Informationen enthält.

Zusatzbausteine zur Absicherung spezifischer Risiken wie beispielsweise der **Spezial-Straf-Rechtsschutz** erweitern das Produktspektrum. Der Zusatzbaustein **Cyber-Rechtsschutz** schützt im privaten Bereich umfassend gegen Gefahren aus dem Internet durch leistungsstarke rechtliche Hilfe und wertvolle Serviceleistungen.

Das Kompaktprodukt **Schnell & Sicher** umfasst den bekannten leistungsstarken Rechtsschutz für Privates, im Beruf, im Verkehr und beim Wohnen und ergänzt ihn um den Spezial-Straf-Rechtsschutz. Die besonderen Produktmerkmale sind, dass nach drei schadenfreien Jahren die Selbstbeteiligung von 300 € entfällt und im Fall einer Vorversicherung die schadenfreien Jahre beim Vorversicherer zur sofortigen Halbierung der Selbstbeteiligung von 300 € auf 150 € führen.

Um den spezifischen Anforderungen bei Abschlüssen über Online-Vergleichsportale gerecht zu werden, wurde die Produktlinie **SECURO**, **SECUROplus** und **SECUROpremium** entwickelt. Im Direktvertrieb bieten wir Produkte exklusiv für **Mitglieder der DMB Mietervereine** an. Die Sonderkonditionen sind an die Mitgliedschaft in einem DMB Mieterverein gebunden. Auf der Website der DMB Rechtsschutz sind Direktabschlüsse möglich.

Für das gewerbliche Segment bietet die Gesellschaft Firmen-Rechtsschutz, Verkehrs-Rechtsschutz und Immobilien-Rechtsschutz als Einzeldeckungen an. Das Highlight im Gewerbebereich ist **KOMPEX** für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Selbständige und Freiberufler. Für die spezielle Zielgruppe niedergelassener Ärzte, Apotheker, medizinischer Berufe und Bereiche haben wir das Produkt **KOMedEX** entwickelt, das zielgruppenspezifischen Schutz bietet. Beide Produkte kombinieren die umfassende private und geschäftliche Absicherung. Unter dem Namen **AGROMEX** wird Rechtsschutz für land- und forstwirtschaftliche Betriebe als Kompaktlösung angeboten.

Der **Vereins-Rechtsschutz** ist das Produkt für eingetragene Sport- und Geselligkeitsvereine, deren Zweck weder auf einen eigenen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb noch auf die Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder ausgerichtet ist. Versichert sind der Verein, seine gesetzlichen Vertreter, Beschäftigte und Mitglieder jeweils für die Wahrnehmung von Vereinsaufgaben entsprechend der Satzung.

2. Umfassende Serviceleistungen ^{*)}

Die **rechtliche Erstberatung** über die **DMB RECHT-Hotline** und **DMB RECHT-Mail** ermöglicht den Kunden eine schnelle telefonische Beratung durch unabhängige Anwälte zu allen Rechtsfragen – ob versichert oder nicht. Sollte ein Rechtsanwalt benötigt werden, können unsere Kunden direkt die Anwaltskanzlei **ZWEYDINGER Rechtsanwälte** mandatieren und über eine Web-Akte jederzeit und von überall Einblick in den aktuellen Sachstand nehmen. Auf Wunsch werden spezialisierte und erfahrene Anwaltskanzleien in der Nähe des Kunden genannt. Als modernes und zukunftsweisendes Instrument ermöglicht die **DMB RECHT Einigungshilfe** die schnelle Problemlösung durch Konfliktklärung ohne Gericht über die Einschaltung eines neutralen Mediators.

Für Privatkunden mit **EXPERT**, **PRESTIGE** und **Schnell & Sicher** sowie für Geschäftskunden mit **KOMPEX** und **KOMedEX** bietet die DMB Rechtsschutz Assistance-Leistungen rund um die **rechtliche persönliche Vorsorge** für Patienten-, Betreuungs-, Sorgerechts- und Haustiervorfugungen sowie Vorsorgevollmachten. Die Dokumente können über sog. Vorsorge-Assistenten individualisiert und ganz einfach

^{*)} Der Abschlussprüfer hat diesen Abschnitt nicht geprüft, da er „lageberichtsfremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft wichtige Informationen enthält.

online erstellt werden. Auf Wunsch werden Vorsorgeverfügungen auch beim Zentralen Vorsorgeregister (ZVR) der Bundesnotarkammer registriert. Kunden mit PRESTIGE erhalten Hilfe bei der rechtssicheren Erstellung von Testamenten und Bestattungsverfügungen mit dem Testaments-Assistenten.

Der private Zusatzbaustein **Cyber-Rechtsschutz** enthält ein psychologisches Soforthilfe-Angebot bei Cybermobbing und vorbeugende Maßnahmen gegen den Missbrauch persönlicher Daten. Die **psychologische Rundum-Beratung** am Telefon erfolgt z. B. bei Beleidigungen in Chatrooms, benennt bei Bedarf spezialisierte Psychologen vor Ort sowie zuständige Polizeibehörden und gibt Anleitung zum aktiven Vorgehen. Einen vorbeugenden Schutz vor Identitätsmissbrauch und finanziellen Schäden durch Diebstahl persönlicher Daten bietet der **Cyber-Check**. Mit einfachen Maßnahmen können die persönliche Sicherheit im Netz erhöht und Cyber-Attacken verhindert werden.

Für unsere Geschäftskunden ergänzen wir die rechtliche Absicherung durch den Service rund um das **Forderungsmanagement**. Die DMB RECHT Forderungshilfe wird über den erfahrenen, professionellen Kooperationspartner *CRIF GmbH* durchgeführt. Sie ermöglicht auch die Online-Einholung von Wirtschaftsauskünften und Bonitätsprüfungen potenzieller Kunden oder Geschäftspartner zu Sonderkonditionen.

3. Maklerberatung und -betreuung: persönlich und digital *)

Erklärtes Ziel der DMB Rechtsschutz ist es, ihren Vertriebspartnern den entscheidenden Mehrwert zu bieten, der zu langfristigem Erfolg führt. Kunden und Vertriebspartner nutzen immer häufiger klassische und digitale Kanäle parallel.

Für die **persönliche Beratung und Betreuung vor Ort beim Vertriebspartner** sind Regionalbereiche eingerichtet, die von erfahrenen Vertriebsleitern betreut werden. Die **Makler-Hotline** übernimmt die persönliche Betreuung durch das kompetente Serviceteam der Gesellschaft in Köln. Moderne Kommunikationsmittel wie Videochat, E-Learning, Online-Sprechstunden und Web-TV in Zusammenarbeit mit ausgewählten Vertriebspartnern ergänzen auf digitalem Weg die persönliche Beratung und Betreuung.

Zur Weiterentwicklung **digitaler Betreuungskonzepte** und zur Stärkung des **digitalen Vertriebs** hat die DMB Rechtsschutz einen Digitalmanager für den Vertrieb etabliert.

Die DMB Rechtsschutz startete 2006 als einer der ersten Anbieter im Rechtsschutz-Markt mit einem **Maklerportal als Full-Service-Center**. Regelmäßige Erneuerungen und Modernisierungen stellen sicher, dass alle aktuellen Standards erfüllt werden und schnelle, übersichtliche und benutzerorientierte Anwendungen zur Verfügung stehen.

Die DMB Rechtsschutz bietet ihren Vertriebspartnern zur Weiterbildung **regelmäßige Online-schulungen** zu unterschiedlichen Themen an. Dort werden kompakt und komfortabel Neuigkeiten, Fachwissen sowie vertriebliche Ansätze rund um Rechtsschutz vermittelt. Die DMB Rechtsschutz ist im Rahmen der Initiative Weiterbildung der Versicherungsvermittler in Deutschland **„gut beraten“** als Bildungsdienstleister akkreditiert. Damit erhalten Vertriebspartner für ausgewählte Schulungsmaßnahmen die Weiterbildungszeit als Nachweis der regelmäßigen Weiterbildung gutgeschrieben. Die Gesellschaft wurde erfolgreich auditiert und hat den Nachweis erbracht, dass die Abrechnung und Eintragung der Weiterbildungszeit den Anrechnungsregeln der Initiative **„gut beraten“** entsprechen.

*) Der Abschlussprüfer hat diesen Abschnitt nicht geprüft, da er „lageberichtsfremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft wichtige Informationen enthält.

4. Innovatives Marketing ^{*)}

Die DMB Rechtsschutz beschritt mit ihrer Positionierung neue Wege: unverwechselbar, innovativ und transparent. Das Leistungsspektrum der DMB Rechtsschutz wird zielgerichtet über verschiedene Kanäle kommuniziert. Der Bekanntheitsgrad der DMB Rechtsschutz wird dadurch nachhaltig erhöht und die Marke gestärkt.

Nachhaltigkeit und Klimaneutralität ^{*)}

Die DMB Rechtsschutz will nicht nur Unternehmensgewinne erwirtschaften, sondern übernimmt auch Verantwortung für die Gesellschaft, in der wir leben. Die DMB Rechtsschutz engagiert sich sozial und ökologisch auch außerhalb des Versicherungsgeschäfts. Umweltschutz nimmt das Unternehmen sehr ernst. Das Thema Nachhaltigkeit ist fest in der Geschäftsstrategie und der Unternehmenskultur verankert. Ökologische und sozial-gesellschaftliche Aspekte werden in den verschiedenen Unternehmensbereichen beachtet.

Die DMB Rechtsschutz hat ihre Versicherungsaktivitäten seit 2010 vollständig und nachhaltig klimaneutral gestellt und erhielt dafür 2023 erneut das Klimaschutzsiegel. Dabei werden gemäß dem Greenhouse Gas Protokoll (GHG Protocol) alle Emissionen aus den Quellen, eingeteilt in Scope 1, 2 und 3, berücksichtigt. Dies umfasst in Scope 1 die direkte Freisetzung klimaschädlicher Gase bei der DMB Rechtsschutz, in Scope 2 die indirekte Freisetzung durch Energielieferanten und in Scope 3 die indirekte Freisetzung in der gesamten Wertschöpfungskette. Die Gesellschaft hat das Ziel, ihre CO₂-Emissionen soweit wie möglich zu reduzieren. Verbleibende Emissionen werden durch Unterstützung CO₂-mindernder Klimaschutzprojekte neutralisiert.

Mitarbeiter ^{*)}

Der Erfolg der Gesellschaft beruht ganz wesentlich auf dem Wissen und dem Engagement der Belegschaft. Gut aus- und fortgebildete Mitarbeiter sind das Rückgrat der Gesellschaft. Ihr Engagement, ihre Innovationsfähigkeit und Servicebereitschaft bilden die Grundlage des Unternehmenserfolgs. Dieses Potenzial zu nutzen und gezielt zu erweitern, ist eine gemeinsame Aufgabe, der sich die hervorragend motivierten Mitarbeiter täglich stellen.

Als Arbeitgeber sorgt die DMB Rechtsschutz für ein attraktives Arbeitsumfeld und regelmäßige Weiterbildung. Der Gesellschaft ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie genauso wichtig wie die Gesundheit der Beschäftigten. Mit ihren Mitarbeitern wird die DMB Rechtsschutz die besonderen Aufgaben unserer Zeit und der Zukunft meistern.

IT und Digitalisierung ^{*)}

Der produktgetriebene Geschäftsansatz und Marktauftritt der DMB Rechtsschutz bei einer schlanken Unternehmensstruktur erfordert entsprechende Applikationen bzw. Fachanwendungen, eine adäquate technische Infrastruktur sowie eine effiziente Sourcingstrategie. Die wesentlichen Pfeiler der IT-Strategie

^{*)} Der Abschlussprüfer hat diesen Abschnitt nicht geprüft, da er „lageberichtsfremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft wichtige Informationen enthält.

der DMB Rechtsschutz sind der Einsatz von Standardsoftware, insbesondere für die versicherungsspezifischen Anwendungen/Applikationen, sowie die Auslagerung wesentlicher Teile der Infrastruktur und des Betriebs des Rechenzentrums auf professionelle externe Anbieter.

Mit Implementierung des Bestandsführungssystems msg.PIA erschließt sich die Gesellschaft die Vorteile, die mit einer konfigurierten und für wenige Teilbereiche weiterentwickelten Standardsoftware einhergehen. So werden auch in Zukunft die notwendige Flexibilität für Produktgestaltung und Vertrieb sowie das schnelle Reagieren auf Markterfordernisse sichergestellt.

Die Digitalisierung der Geschäftsprozesse, Services und Kundenkontaktpunkte wird konsequent vorangetrieben. Die kontinuierliche Erweiterung der Internetplattform der Gesellschaft ermöglicht die Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern, basierend auf einer **modernen, serviceorientierten Architektur**; zum Informationsaustausch dienen **Web Services**. Auf diese Weise stellen wir über unser **Maklerportal** die bestmögliche Unterstützung bei einer weitgehenden Integration der Maklerservices in die Geschäftsprozesse sicher. Im digitalen Vertrieb ist die DMB Rechtsschutz mit ihrer Website und über Kooperationen aktiv.

Kapitalanlagen

Die Gesellschaft baut auf einen ausgewogenen Kapitalanlagebestand und ein konsequentes Risikomanagement. Das Portfolio wird dynamisch gesteuert. Mit einer breiten Diversifikation sollen mögliche Entwicklungen eingefangen und sich bietende Chancen genutzt werden. Dazu werden im Spezialfonds, im Direktanlagebereich und bei der Auswahl der Publikumsfonds differenzierte Strategien umgesetzt. Die Gesellschaft investiert seit Jahren selektiv in erneuerbare Energien und Infrastruktur sowie weitere alternative Anlagen und achtet dabei auf hohe Qualität.

Nachhaltigkeitsaspekte werden im Rahmen der Investitionsentscheidungen, soweit möglich, beachtet. Gleiches gilt für eine Reihe der Fondsanlagen. Die Gesellschaft versucht, ihr Portfolio vor Klimarisiken zu schützen. *)

*) Der Abschlussprüfer hat diesen Absatz nicht geprüft, da er „lageberichts Fremde Angaben“ enthält. Dennoch wurde er in den Lagebericht eingefügt, da er aus Sicht der Gesellschaft wichtige Informationen enthält.

Prognosebericht

Der Prognosebericht beschreibt die möglichen Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft, auf den Versicherungs- und Kapitalmärkten sowie davon abgeleitet bei der DMB Rechtsschutz. Er basiert auf den Kenntnissen und Erwartungen, die uns bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses Anfang Februar 2024 vorlagen. Diese Aussagen können mit bekannten und unbekanntem Risiken und Ungewissheiten verbunden sein. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können daher wesentlich von den geäußerten Erwartungen und Annahmen abweichen. Dies kann vor allem die allgemeine wirtschaftliche Lage und Wettbewerbssituation sowie das Ausmaß und die Häufigkeit von Versicherungsfällen wie auch die Entwicklung von Schadenkosten betreffen. Die Entwicklungen der Finanzmärkte und der Wechselkurse können ebenfalls wesentlichen Einfluss haben. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass auch kurzfristig Ereignisse eintreten können, die zu einer völlig anderen Entwicklung führen.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Ukraine-Krieg, stark schwankende Energiepreise, eine zwar rückläufige, aber dennoch hohe Inflation sowie neue Krisenherde im Nahen Osten und bevorstehende Präsidentschaftswahlen in den USA – die Menge der **Risikofaktoren** an den Märkten bleibt hoch.

Trotz der mannigfaltigen Krisen zeigte die Weltwirtschaft im Jahr 2023 eine gewisse Resilienz. Gleichwohl wird das **globale Wachstum** laut IWF-Prognose 2024 mit 2,9 Prozent fast auf dem Vorjahresniveau von 3,0 Prozent liegen, jedoch deutlich unterhalb des historischen Durchschnitts.

Für die drei wichtigsten Wirtschaftsräume – die **USA**, den **Euro-Raum** und die Volksrepublik **China** – zeichnet der IWF mit 1,5 Prozent, 1,2 bzw. 4,2 Prozent ein düsteres und sehr heterogenes Bild. Grundsätzlich schmälern die Wachstumsraten der entwickelten Volkswirtschaften die Gesamtentwicklung.

Für **Deutschland** sagt der IWF nur eine langsame Erholung voraus. Die Wirtschaftsleistung solle sich im Jahr 2024 um 0,8 Prozent steigern. Angesichts der global gedämpften Konjunktur und der geldpolitischen Straffung in weiten Teilen der Welt sind vom Außenhandel und den Investitionen keine expansiven Impulse zu erwarten.

Die **Inflation** war und bleibt ein entscheidendes Thema. In Deutschland ist sie im Verlauf des letzten Jahres von 8,7 Prozent auf 3,7 Prozent im Dezember 2023 deutlich zurückgegangen. Die Kerninflation blieb mit 3,5 Prozent weiterhin erhöht. Hier spielten verzögerte Preiserhöhungen bei Dienstleistungen, die zuletzt stark steigenden Lohnstückkosten und das noch bestehende Aufholpotenzial bei der privaten Nachfrage nach Dienstleistungen eine wesentliche Rolle. Die durchschnittliche Inflation betrug 5,9 Prozent im Jahr 2023, für 2024 wird ein Wert von 2,2 prognostiziert.

Die Zentralbanken haben weltweit ihre **Geldpolitik** gestrafft, was zur Dämpfung des außenwirtschaftlichen Umfelds Deutschlands beigetragen hat. So entwickeln sich die globale Industrieproduktion und der für die deutsche Wirtschaft besonders wichtige Warenhandel seit dem Frühjahr 2023 nur schwach und es ist davon auszugehen, dass die außenwirtschaftlichen Impulse für Deutschland im Jahr 2024 weiterhin schwach bleiben und sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig aufhellen werden.

Die **Arbeitslosenquote** wird für Deutschland mit rd. 5,5 Prozent angenommen. Im Euro-Raum wird die Arbeitslosenquote für das laufende Jahr auf 3,5 Prozent geschätzt.

Es bestehen zahlreiche **Gefahren für das globale Wachstum**, die Investitionstätigkeit und die Produktivität.

Die Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft stellt weiterhin ein bedeutendes Abwärtsrisiko für die Weltwirtschaft dar. Insbesondere der gesamtwirtschaftlich bedeutsame chinesische Immobiliensektor ist hochverschuldet. Angesichts schwacher Binnennachfrage und sinkender Immobilienpreise haben die Immobilienkonzerne mit rückläufigen Umsätzen zu kämpfen. Die Entschuldung kann langwierig sein und bedarf unter Umständen weiterer Stützungsmaßnahmen der Zentralregierung. Ein über die Jahre schwacher Bausektor belastet nicht nur die Wertschöpfung, sondern auch die Beschäftigung. Insgesamt dürfte dies die zurückhaltende inländische Konsumnachfrage zusätzlich dämpfen. Eine unerwartet starke Abschwächung des chinesischen Wachstums dürfte sich auf die wichtigsten Handelspartner USA und Europa negativ auswirken.

Die geopolitischen Risiken haben zuletzt deutlich zugenommen. So stellen zum einen die geopolitischen Spannungen zwischen den USA und China eine Gefahr für die Weltwirtschaft dar, was sich bereits in den handelspolitischen Beziehungen niederschlägt, beispielsweise in Exportrestriktionen für Hochtechnologieprodukte. Zum anderen haben die Terrorangriffe der Hamas auf Israel und die harte Reaktion der israelischen Regierung das Konfliktpotenzial im Nahen Osten enorm gesteigert. Eine Ausweitung des Konflikts auf andere Staaten könnte negative Auswirkungen auf Rohstoffpreise haben. Spekulationsgeschäfte sowie eine Vorratshaltung aus Vorsichtsmotiven könnten zusätzlichen Preisdruck auf den Rohöl- und Erdgasmärkten erzeugen.

Für Deutschland mit seiner exportorientierten Wirtschaft ist der Außenhandel von entscheidender Bedeutung. Mit Sorge wird daher auf die zahlreichen wirtschaftlichen Probleme und Handelskonflikte in aller Welt geblickt. Im Fokus stehen dabei die außereuropäischen Hauptabsatzmärkte USA und vor allem China. Grundsätzlich bereitet das vermehrte Streben nach allumfassender staatlicher Steuerung in China Unbehagen.

Die weltweite Verschuldungssituation hatte bereits mit Beginn der Corona-Pandemie dramatisch zugenommen. Ein Abbau der Schulden findet nicht statt, vielmehr wollen zahlreiche Staaten zusätzliche Schulden aufnehmen. Die Verschuldung bleibt daher ein erhebliches und wesentliches Risiko für die Weltwirtschaft.

Die bereits sichtbaren geopolitischen Spannungen werden auch 2024 ein zentrales Thema bleiben. Es ist zu erwarten, dass sich der Konflikt zwischen den USA und China um die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung fortsetzen wird. Sollten Konflikte in Sanktionen enden, hätte dies für die wirtschaftliche Entwicklung dramatische Folgen, wie das Beispiel der Krise China-Taiwan belegt. Dort wäre der größte Computerchip-Hersteller der Welt betroffen und die bereits vorhandene Knappheit von Computerchips würde sich schlagartig verstärken.

Generell steigen die ESG-Risiken. So bewirkt der Klimawandel mit seinen extremen Wetterereignissen einschneidende Veränderungen. Bestrebungen um Nachhaltigkeit und Klimaschutz werden daher weitreichenden Einfluss haben.

Die rasant fortschreitende Digitalisierung erfordert einen schnellen und weiterführenden Strukturwandel in den Industrieländern. Hoch bleibt das Cyber-Risiko im Hinblick auf Datendiebstahl oder Erpressung, insbesondere aber hinsichtlich Attacken auf Infrastrukturen sowie auf zentrale nationale und internationale Abläufe. Aber auch die in der Corona-Pandemie verstärkte Verbreitung von Home-Office u. ä. hat das Cyber-Risiko bedeutend erhöht.

Finanzmärkte

Die Finanzmärkte werden 2024 erneut von den Notenbanken stark beeinflusst. Wie komplex die Folgen der Krisenbewältigung sind, zeigt die Zwickmühle, in der die Notenbanken stecken – gefangen zwischen Rezessionsangst und andauernder Inflationsfurcht. Die zentralen Variablen für die Entwicklung 2024 sind das Wirtschaftswachstum, das auf die Aktienmärkte über die Unternehmensgewinne und Gewinnerwartungen wirkt, sowie die Inflation, die die Anleihemärkte determiniert.

Die Fed hat den Zinserhöhungszyklus Ende 2023 mit hoher Wahrscheinlichkeit beendet. Angedeutet von der Fed wurden eher geringfügige Zinssenkungen für das Jahr 2024, da die Inflationsdaten merklich zurückgegangen sind. In Europa scheint ebenfalls der Zinsgipfel erreicht. Wie lange die EZB die Zinspause aufrechterhalten wird, hängt von der weiteren Entwicklung der Inflation und der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Die Erwartungen an eine baldige Zinssenkung werden von der EZB allerdings niedrig gehalten.

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe soll nach den Prognosen der Institute Ende 2024 im Durchschnitt bei 2,7 Prozent liegen. Die Bandbreite der Schätzungen reicht von 1,8 Prozent bis zu 2,8 Prozent. Die Durchschnittsprognose für den Drei-Monats-Euribor liegt bei 3,6 Prozent, für die Rendite der 2-jährigen Bundesanleihe im Durchschnitt bei 2,5 Prozent. Die inverse Zinsstruktur soll nach den Prognosen der Banken anhalten. Für die 10-jährige US-Rendite erwarten die Institute im Durchschnitt etwa 3,3 Prozent zum Jahresende 2024. Die 2-jährigen US-Anleihen werden bei knapp 4,0 Prozent zum Jahresende erwartet. Auch in den USA soll die Zinskurve demnach invertiert bleiben.

Für die **Aktienmärkte** herrscht bei den Banken für 2024 verhaltener Optimismus. Für den DAX liegt die Konsensprognose bei 17.400 Punkten. Dem Index wird damit ein Potenzial von rd. 4,0 Prozent zugestanden. Der Prognosebereich ist allerdings groß und liegt zwischen 16.600 und 18.000 Punkten. Der Durchschnitt der Prognosen für den EuroStoxx 50 liegt bei 4.657 Punkten. Für US-Aktien liegt die Erwartung beim Dow Jones bei 38.875 Punkten und einem Potenzial von 4,2 Prozent, den Technologiewerten im NASDAQ wird eine Steigerung im Durchschnitt der Prognosen auf 17.313 Punkte zugetraut.

Für 2024 wird mit einem stärkeren Euro im Verhältnis zum **US-Dollar** gerechnet. Zu Ende 2024 wird ein Wert von 1,10 US\$ bezogen auf den Euro erwartet. Die Prognosen schwanken allerdings auch dort stark zwischen 0,89 und 1,16 US\$ bezogen auf den Euro. Die Notenbanken dürften die Währungstrends vorgeben. Nach den Schätzungen soll der Goldpreis weiter steigen und sich auf 2.120 US\$ zubewegen. Energie- und Rohstoffpreise dürften ihr hohes Niveau beibehalten.

Veränderung der Markt- und Wettbewerbsbedingungen

Ende 2023 haben das Europäische Parlament, der Rat und die EU-Kommission eine politische Einigung im **Solvency II Review** erzielt. Der Anwendungsbeginn der neuen Regeln ist für das Jahr 2026 vorgesehen. Unabhängig davon wurden die technischen Standards für das Berichtswesen überarbeitet. In Bereichen wie Proportionalität, Kapitalanrechnung und grenzüberschreitenden Aktivitäten sind Änderungen vorgesehen.

Die Überarbeitung von Solvency II sieht u. a. ein einfacheres Berichtswesen und geringere Offenlegungspflichten für Unternehmen mit einem niedrigeren Risikoprofil vor. Die EIOPA befürwortet den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und sieht dies als eine Verbesserung. Nicht alle Unternehmen sind dem gleichen Risikoniveau ausgesetzt und daher ist es nur angemessen, dass die Berichtspflichten das Risikoprofil eines Versicherers widerspiegeln.

Der Bundesrat hat am 24. November 2023 dem **Zukunftsfinanzierungsgesetz** zugestimmt, das umfangreiche Maßnahmen zusammenführt und Regelungen aus dem Gesellschaftsrecht, dem Kapitalmarktrecht und dem Steuerrecht bündelt. Das Zukunftsfinanzierungsgesetz besteht aus einem Maßnahmenpaket, mit dem Deutschland als Finanzstandort gestärkt und attraktiver werden soll. Damit sollen insbesondere die Investitionen im Bereich Digitalisierung und Klimaschutz steigen. Ab 2024 sollen damit Start-ups, kleinere und mittlere Unternehmen leichter Zugang zum Kapitalmarkt erhalten und einfacher Eigenkapital aufnehmen können.

Mit diesem Gesetz soll auch die Digitalisierung des Kapitalmarkts vorangetrieben werden. Ein wesentliches Element der beabsichtigten Digitalisierung des Kapitalmarkts stellt die Einführung der sog. elektronischen Aktie dar: Aktiengesellschaften haben zukünftig die Wahl, ob sie ihre Aktien als verbrieft oder als elektronische Aktien begeben.

Am 1. Januar 2024 trat das **Lieferkettengesetz** auch für Unternehmen mit mindestens 1.000 Beschäftigten in Kraft. Das Gesetz stärkt in globalen Lieferketten die Einhaltung der Menschenrechte sowie den Umweltschutz. Es verpflichtet Unternehmen in Deutschland zur Achtung von Menschenrechten durch die Umsetzung definierter Sorgfaltspflichten. Diese Pflichten gelten für den eigenen Geschäftsbereich, für das Handeln eines Vertragspartners und das Handeln weiterer (mittelbarer) Zulieferer. Damit besteht für betroffene Unternehmen eine Verantwortung entlang der gesamten Lieferkette.

In einem „Grundsatzbeschluss“ vom 12. September 2022 hat das BAG eine Pflicht aller Arbeitgeber zur **Erfassung der Arbeitszeiten** ihrer Arbeitnehmer verkündet. Die erhoffte Rechtssicherheit bleibt allerdings noch aus. Denn in den Urteilsgründen wurde nicht festgelegt, ob die Arbeitszeiterfassung elektronisch erfolgen muss, ob und ggf. welche Kontroll- oder Freigabemechanismen benötigt werden, ob die Angabe von Arbeitsstunden ausreicht oder ob exakte Start- und Endzeiten zu erfassen sind, sodass nun der Gesetzgeber gefragt ist. Ein Jahr nach dem Urteil gibt es noch kein Gesetz. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat ein „**Gesetz zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes und anderer Vorschriften**“ entworfen. Ob dieser Entwurf tatsächlich zu einem Gesetz führt, erscheint fraglich, eine Ressortabstimmung hat bislang nicht stattgefunden und das Vorhaben wird in der „Ampelkoalition“ kontrovers diskutiert. Anders als beim sog. Diesel-Skandal konnte jedoch bisher kein erhöhtes Klageaufkommen durch den Urteilsspruch bei den Rechtsschutzversicherern verzeichnet werden und wird auch künftig nicht erwartet, selbst wenn die Zahl der Betroffenen hoch ausfallen könnte.

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges und der daraufhin angespannten Lage bei der **Energieversorgung** sowie den einhergehenden Steigerungen der Energiepreise sind auf europäischer Ebene Notfallmaßnahmen beschlossen worden. Bedingt durch die Situation am Strommarkt, erzielen viele Stromerzeuger gegenwärtig unerwartet hohe Mehreinnahmen. Die Bundesregierung will diese kriegs- und krisenbedingten Zufallserlöse abschöpfen und damit Teile der Strompreislösung finanzieren. Die Abschöpfung ist europäisches Recht und folgt der Verordnung über Notfallmaßnahmen als Reaktion auf die hohen Energiepreise. Der Mechanismus startete am 1. Dezember 2022. Die Laufzeit war entsprechend der EU-Verordnung zunächst bis zum 30. Juni 2023 befristet, konnte aber verlängert werden. Die Bundesregierung hat jedoch festgelegt, dass sie längstens bis zum 30. April 2024 andauern darf. Aufgrund der Haushaltskrise der Bundesregierung wurde die Gas- und Strompreislösung vorzeitig beendet. Statt zum März 2024 lief sie schon Ende des Jahres 2023 aus.

Die letzte RVG-Anpassung ist am 1. Januar 2021 in Kraft getreten. Der Deutsche Anwaltsverein (DAV) und die Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) setzen sich seit langem dafür ein, die Anpassung der gesetzlichen Rechtsanwaltsvergütung in deutlich kürzeren Abständen vorzunehmen. Gemeinsam haben

sie erneut einen Katalog zur linearen **Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren** sowie zu strukturellen Änderungen vorgelegt. Erste Gespräche mit der Politik wurden aufgenommen. Der Bundesjustizminister verfolgt die Umsetzung einer RVG-Anpassung noch in dieser Legislaturperiode.

Mit dem Gesetz für Erneuerbares Heizen – dem **Gebäudeenergiegesetz (GEG)** – leitet die Bundesregierung den Umstieg auf klimafreundliche Heizungen ein. Ab dem 1. Januar 2024 müssen in den meisten Neubauten Heizungen, die man zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betreibt, eingebaut werden. Mit dem Gesetz will die Bundesregierung die Wärmewende in Deutschland schneller voranbringen und bis zum Jahr 2045 klimaneutral sein.

Für die digitale Transformation der **Rechtsdienstleistungsbranche** ist es nötig, die unterschiedlichen Rahmenbedingungen für die extrem regulierten und reglementierten Rechtsschutzversicherer auf der einen Seite und die neu entstandenen, weitgehend frei agierenden digitalen Anbieter (sog. Legal Techs) auf der anderen Seite wieder anzugleichen. Der Rechtsrahmen des Rechtsdienstleistungsmarktes ist an veränderte Lebenswirklichkeiten anzupassen, insbesondere an ein an Bedeutung gewinnendes digitales Umfeld. Die tragende Rolle der Rechtsschutzversicherer für den Zugang zum Recht muss gewürdigt und umfassend berücksichtigt werden.

Die **Wettbewerbsdynamik** im Markt der Rechtsschutzversicherung hält auch 2024 an. Dies zeigt sich vor allem im Makler- und Onlinevertrieb. Der Kampf um Vertriebskapazität bleibt heftig. Zudem wird die Aufmerksamkeit vieler Vertriebspartner fast vollständig von aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Regelungen sowie den damit verbundenen strukturellen Veränderungen und Verwerfungen im Vertriebsbereich absorbiert.

Prognose für die deutsche Versicherungswirtschaft

Für das kommende Geschäftsjahr dämpfen die weiterhin hohen Unsicherheiten über die Entwicklung der Weltwirtschaft und die nur zögerlich zurücklaufende Inflation die Erwartungen. Im Jahr 2024 könnten jedoch steigende Nominallohne und nachlassender Inflationsdruck Kaufkraft und Sparverhalten positiv beeinflussen.

In der Lebensversicherung wird vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Zinsen mit einer Seitwärtsbewegung bzw. einem marginalen Zuwachs der Beitragseinnahmen um 0,1 Prozent gerechnet. Die Private Krankenversicherung plant für das Jahr 2024 mit einem Beitragswachstum von 4,5 Prozent. In der Schaden- und Unfallversicherung wird insgesamt ein Beitragsplus von 7,7 Prozent erwartet. Dabei basiert die Steigerung im Wesentlichen auf inflationsbedingten Prämienanpassungen.

In der Rechtsschutzversicherung ergeben sich aufgrund der Treuhänderfeststellung Anpassungseffekte auf der Beitragsseite. Für das Jahr 2024 wird daher mit einem Beitragszuwachs von 4,0 Prozent gerechnet, auch weil eine Rechtsschutzversicherung in derartigen Zeiten als Sicherheitsanker gilt und in dieser Funktion für Bestandswachstum sorgen könnte.

Geschäftsentwicklung

Versicherungsgeschäft

Die DMB Rechtsschutz will auch im laufenden Geschäftsjahr ihren Wachstumskurs fortsetzen. Für die **Beitragseinnahmen** planen wir optimistisch eine Steigerung auf insgesamt rd. 39,5 Mio €. Das anvisierte Wachstum liegt damit insgesamt bei rd. 4,2 Prozent und leicht oberhalb der Markterwartung.

Für den Miet-Rechtsschutz rechnen wir mit einer geringfügigen Steigerung der Bruttobeitragseinnahmen auf rd. 12,4 Mio €. Für den Privatkunden-, Gewerbe- und Landwirtschafts-Rechtsschutz planen wir aufgrund des Ausbaus unseres Vertriebs und der intensivierten Aktivitäten für 2024 mit einem Beitragsvolumen von rd. 27,3 Mio €. Wachstumstreiber bleibt das **Maklergeschäft** mit einem erwarteten Zuwachs der Beitragseinnahmen von ca. 6 Prozent. Unsere Maklerpartner werden wir persönlich und digital bestmöglich unterstützen. Allerdings dürfte sich die Wettbewerbsdynamik weiter verschärfen. Nur wenn uns unsere wesentlichen Vertriebspartner weiterhin nachhaltig Vertrauen schenken, ist wieder ein überdurchschnittliches Wachstum zu erreichen.

Die Planung für den **Schadenbereich** bleibt schwierig. Mit den ineinander verzahnten Krisen der Gegenwart bzw. deren mannigfaltigen Auswirkungen bleibt die Gefahr von Unternehmensinsolvenzen und einer deutlich höheren Arbeitslosigkeit bestehen. Hinzu kommt die anhaltende Belastung aus den seit 2021 gestiegenen Anwalts- und Gerichtsgebühren infolge des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes sowie möglichen Steigerungen der Streitwerte aufgrund der Inflation. Beide Effekte werden die Schadenzahlungen auch im Jahr 2024 negativ beeinflussen. Allerdings wirken in Rechtsschutz dabei die Streitwertklassen sowie die Degression der Gebührentabelle dämpfend auf die durch Inflation hervorgerufene Steigerung der Schadenzahlungen.

Für den Schadenbereich gehen wir daher insgesamt von einer negativen Entwicklung aus. Wir erwarten eine Steigerung der Schadenzahlen und gehen von rd. 4 Prozent höheren Zahlungen für Schäden aus. Dies ist auch auf den kontinuierlichen Ausbau des Versichertenbestands zurückzuführen. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R. werden voraussichtlich um rd. 5 Prozent steigen.

Unsere Kunden nehmen unsere **Service-Angebote** der telefonischen Erstberatung, der Online-Mandatierung sowie der Benennung ausgewählter Anwaltskanzleien nach wie vor intensiv in Anspruch. Wir setzen darauf, dass die Nutzung unserer Service-Angebote noch weiter gesteigert werden kann. Ebenso erhofft sich die Gesellschaft über die umfassenden Mediationsleistungen mit ihren Zusatzvorteilen mittel- und langfristig ein verändertes Schadenbewusstsein und -verhalten der Kunden. Als modernes und zukunftsweisendes Instrument ermöglicht die DMB RECHT Einigungshilfe die schnelle Problemlösung durch Konfliktklärung ohne Gericht. All diese Maßnahmen erhöhen die Kundenzufriedenheit und begrenzen gleichzeitig den Schadenaufwand. Für eine anhaltend positive Entwicklung werden wir den Weg zu einem modernen Schadenmanagement ebenso weiterverfolgen, wie wir auf die Fortsetzung der Regressbearbeitung und Betrugsbekämpfung setzen.

Auch im Geschäftsjahr 2024 sollen wieder erfolgsabhängige Zuführungen zur **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** vorgenommen werden. Die **Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb** sollten lediglich um rd. 1 Prozent steigen.

Insgesamt erwarten wir in der **versicherungstechnischen Rechnung** erneut ein deutlich positives Ergebnis von rd. 960 T€.

Kapitalanlagen

Nach einer Jahresendrallye an den Aktien- und Anleihenmärkten im Jahr 2023, die im Wesentlichen von einer robusten US-Wirtschaft und fallender Inflation genährt wurde, keimen zu Beginn des Jahres 2024 Konjunkturoffnungen in der Eurozone und in China auf. Die Argumente für ein Ende der geldpolitischen Straffung werden immer stärker und vieles spricht für einen bereits im Jahr 2023 überschrittenen Zinsgipfel. Andererseits nimmt der Rückenwind des billigen Geldes aus Pandemiezeiten ab, während zeitgleich der Gegenwind von den verschlechterten Finanzierungsbedingungen spürbar zunimmt. Die Inflationsziele der Notenbanken könnten schneller erreicht werden, als von ihnen erwartet wurde.

Die DMB Rechtsschutz verfolgt eine **ausgewogene Anlagepolitik**. Auf der Grundlage einer breit gestreuten Portfolio-Aufstellung sollen Risiken begrenzt und sich bietende Chancen ergriffen werden. Schwerpunkte im Direktbestand bleiben Inhaberschuldverschreibungen. Zur Diversifizierung des Kapitalanlage-Portfolios nutzt die Gesellschaft Publikumsfonds mit differenzierter Ausrichtung. Zudem investiert die Gesellschaft über die Beteiligung an spezifischen Fonds in alternative Anlagen. Hierzu zählen Investments in Infrastrukturprojekte, erneuerbare Energien, die Finanzierung mittelgroßer Unternehmen sowie in Private Equity.

Der **Bestand der Kapitalanlagen** soll nach unseren Planungen auf etwa 82 Mio € steigen. Die Investitionen in Aktien und überwiegend in Renten werden wie bisher in unserem Spezialfonds zusammengefasst. Die Steuerung erfolgt mittels innovativer Risikomanagementansätze. Die Aktienanlage innerhalb des Fonds erfolgt weiterhin differenziert, verbunden mit einer langfristigen Absicherungsstrategie. Das Rentenportfolio wird weiterhin über die Duration gesteuert. Neben Einzeltiteln vor allem im Unternehmensanleihe-Segment wird in spezifische Fonds investiert. Grundsätzlich bleiben wir 2024 bei einer Untergewichtung von Staatsanleihen und bevorzugen Unternehmensanleihen mit kurzer bis mittlerer Laufzeit. Langfristig bleiben in der strategischen Asset-Allokation Aktien wesentlicher Bestandteil. Allerdings wollen wir in der taktischen Positionierung im Spezialfonds Aktien untergewichten. Die durchgerechnete strategische Aktienquote, bezogen auf den Gesamtbestand, soll im Jahresverlauf moderat zwischen 6 und 12 Prozent liegen.

Das **Ergebnis aus Kapitalanlagen** könnte gemäß den Planungen 2,2 Mio € betragen. Basis dafür sind Erträge aufgrund gestiegener Zinsen, erhöhte Erträge aus den Alternativen Investmentfonds sowie eine wieder steigende Ausschüttung aus dem Spezialfonds und das Ausbleiben höherer Abschreibungen. Daraus würde eine Nettoverzinsung von 2,8 Prozent folgen.

Gesamtergebnis und Dividende

Das Gesamtergebnis wird wesentlich von den vielfältigen geschilderten Einflussfaktoren abhängen. Ganz entscheidend wird die Entwicklung auf den Kapitalmärkten werden. Für 2024 planen wir einen nahezu gleichbleibenden Gewinn aus dem Versicherungsgeschäft. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen planen wir etwas geringer als im Vorjahr, sofern keine übermäßigen Abschreibungen vorzunehmen sind. Das sonstige Ergebnis soll auf dem Vorjahresniveau liegen. Das Ergebnis vor Steuern soll in Folge rd. 1,1 Mio € betragen können. Reduzierende Sondereffekte im Bereich der Steuern sind für 2024 nicht mehr zu erwarten. Der Jahresüberschuss soll, sofern keine unvorhersehbaren Ereignisse die Planungen wesentlich beeinträchtigen, bei rd. 500 T€ liegen. Zusammen mit dem Gewinnvortrag soll der Bilanzgewinn rd. 570 T€ betragen können. Eine Dividende in Höhe von 50 € je Aktie wäre damit möglich.

Betriebene Versicherungsarten

Die DMB Rechtsschutz betreibt in der Bundesrepublik Deutschland alle Rechtsschutzversicherungsarten auf der Grundlage der Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB). Der Geschäftsbetrieb erstreckt sich ausschließlich auf das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft.

DMB Rechtsschutz
Alles Recht: Günstig. Gut. Gemeinsam.

Mobilitäts-Rechtsschutz für Menschen ohne eigenes Auto

Photovoltaik-, Solar- und Windenergieanlagen mitversichert

Jeder Vertrag unterstützt Umwelt- und Klimaschutzprojekte

Geringerer Beitrag für Fahrzeuge mit Elektro- oder alternativem Antrieb

YOLIG Der leistungsstarke Rechtsschutz mit besonderer Nachhaltigkeit

Umweltfreundliche Bearbeitung
100% CO₂-neutral

Highlight-Motiv zum ausgezeichneten & nachhaltigen YOLIG Rechtsschutzprodukt

DEUTSCHES INSTITUT FÜR SERVICE-QUALITÄT GmbH & Co. KG

PREISTRÄGER
Versicherungsprodukt des Jahres
DMB Rechtsschutz YOLIG

TEST Okt. 2023
49 Produkte
Auszeichnung für sehr gut/gut

www.disq.de
Privatwirtschaftliches Institut

Greensurance Stiftung
Stiftung für Mensch und Umwelt
Wir sind MoorPate!

Mit jedem YOLIG Rechtsschutzvertrag spendet die DMB Rechtsschutz für die Renaturierung von Mooren in Deutschland. Zur Etablierung der Nachhaltigkeit im Geschäftsleben und für die Förderung einer zukunftsfähigen Versicherungsbranche.

Jahresabschluss 2023

Bilanz	46
Gewinn- und Verlustrechnung	48
Anhang	50
Angaben zu den Aktiva	54
Angaben zu den Passiva	55
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	56
Sonstige Angaben	58

Bilanz zum 31. Dezember			2023	2022
Aktiva			€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			3.713.752,82	3.868.370,70
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			1.220.113,43	1.220.113,43
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		63.655.954,25		65.100.024,11
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		13.275.604,70		10.336.155,23
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		0,00		0,00
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	0,00			0,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehn	0,00			0,00
		0,00		
5. Einlagen bei Kreditinstituten		750.047,84		750.000,00
			77.681.606,79	
			78.901.720,22	77.406.292,77
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer		1.501.599,03		1.412.252,79
2. Versicherungsvermittler		9.779,61		10.873,95
			1.511.378,64	
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			898.378,54	994.095,27
III. Sonstige Forderungen			7.371,51	9.140,57
			2.417.128,69	2.426.362,58
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte			468.203,67	555.989,69
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			3.296.340,07	2.404.119,67
			3.764.543,74	2.960.109,36
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			162.998,56	80.230,77
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			102.788,96	93.089,02
			265.787,52	173.319,79
Summe der Aktiva			89.062.932,99	86.834.455,20

			2023	2022
Passiva			€	€
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital			3.000.300,00	3.000.300,00
II. Kapitalrücklage			2.466.643,87	2.466.643,87
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage	13.293,59			13.293,59
2. Andere Gewinnrücklagen	7.016.706,41			6.816.706,41
			7.030.000,00	
IV. Bilanzgewinn			652.776,40	563.746,13
			13.149.720,27	12.860.690,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge			4.770.163,66	4.692.952,66
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			53.252.906,56	52.138.267,04
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			3.627.000,00	3.720.000,00
			61.650.070,22	60.551.219,70
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			8.445.095,00	8.155.021,00
II. Steuerrückstellungen			1.168.769,00	702.708,00
III. Sonstige Rückstellungen			1.759.096,00	1.566.136,00
			11.372.960,00	10.423.865,00
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	819.851,13			946.960,56
2. Versicherungsvermittlern	605.429,63			605.782,83
			1.425.280,76	
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			0,00	0,00
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			0,00	0,00
IV. Sonstige Verbindlichkeiten			1.464.901,74	1.445.937,11
davon:			2.890.182,50	2.998.680,50
aus Steuern: 561.672,15 €				
(2022: 446.697,96 €)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: -,- €				
(2022: -,- €)				
Summe der Passiva			89.062.932,99	86.834.455,20

Gewinn- und Verlustrechnung		2023	2022
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember		€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Bruttobeiträge		37.934.394,89	37.111.806,74
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		-2.608.659,98	-2.555.519,97
c) Veränderung der Beitragsüberträge		-77.211,00	-94.585,30
		35.248.523,91	34.461.701,47
2. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	-22.636.142,75		-21.565.452,82
bb) Anteil der Rückversicherer	2.065.038,52		2.104.115,24
		-20.571.104,23	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle Bruttobetrag		-1.114.639,52	-1.687.341,23
		-21.685.743,75	-21.148.678,81
3. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			
		-892.363,11	-1.027.101,46
4. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		-12.130.947,27	-11.613.602,93
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		400.000,00	400.000,00
		-11.730.947,27	-11.213.602,93
5. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung		939.469,78	1.072.318,27

	2023		2022
		€	€
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen	0,00		0,00
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	441.909,85		440.607,26
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	1.706.017,94		1.287.345,15
		2.147.927,79	
c) Erträge aus Zuschreibungen		63.514,85	1.747,13
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		278.400,34	68.281,42
		2.489.842,98	1.797.980,96
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		-97.272,92	-124.795,05
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		-68.045,97	-360.781,07
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-9.002,07	-109.549,56
		-174.320,96	-595.125,68
3. Sonstige Erträge		139.646,80	181.952,40
4. Sonstige Aufwendungen		-2.246.550,18	-1.824.939,50
		-2.106.903,38	-1.642.987,10
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		1.148.088,42	632.186,45
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-346.812,78	58.358,72
7. Sonstige Steuern		-12.195,37	-11.750,92
		-359.008,15	46.607,80
8. Jahresüberschuss		789.080,27	678.794,25
9. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		63.696,13	34.951,88
10. Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen		-200.000,00	-150.000,00
11. Bilanzgewinn		652.776,40	563.746,13

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs, des Aktiengesetzes und des Versicherungsaufsichtsgesetzes in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen aufgestellt.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zum Anschaffungswert aktiviert und über eine Dauer von drei bis neun Jahren linear abgeschrieben. Lizenzen für die Verwendung von Auszeichnungen/Siegeln werden im Jahr des Zugangs in voller Höhe abgeschrieben. Immaterielle Vermögensgegenstände, die erst in den Folgejahren in Betrieb genommen werden, unterliegen im Geschäftsjahr keiner Abschreibung.

Kapitalanlagen

Das im Bestand befindliche bebaute Grundstück ist zu Anschaffungskosten aktiviert, vermindert um die steuerlich zulässigen Abschreibungen.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Börsenkursen oder Rücknahmepreisen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgte grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip.

Die nach § 341b Abs. 2 HGB wie Anlagevermögen bewerteten Investmentanteile und Inhaberschuldverschreibungen wurden gemäß § 253 Abs. 3 HGB grundsätzlich zu Anschaffungskosten, unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips entsprechend den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bilanziert.

Im Geschäftsjahr wurden erworbene Anteile an Investmentvermögen sowie Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 282.159,74 € umgewidmet und dem Anlagevermögen zugeordnet. Diese Anteile sollen dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen. Durch die Umwidmung wurden Abschreibungen in Höhe von 11,61 € vermieden.

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit dem Nennbetrag angesetzt.

Forderungen

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie sonstige Forderungen sind mit den Nominalbeträgen, ggf. unter Berücksichtigung von Wertberichtigungen eingestellt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sachanlagen und Vorräte sind zu Anschaffungskosten aktiviert. Die Sachanlagen werden linear in steuerlich zulässiger Höhe abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2 EStG werden im Zugangsjahr sofort abgeschrieben, wenn die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht mehr als 250,00 € betragen. Für bewegliche Wirtschaftsgüter mit einem Wert von 250,00 € bis 1.000,00 € wurde ein jahrgangsbezogener Sammelposten gebildet. Dieser wird über eine Dauer von fünf Jahren gleichmäßig gewinnmindernd aufgelöst.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und der Kassenbestand sind mit dem Nominalwert angesetzt.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Abgegrenzte Zinsen und Mieten und sonstige Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nominalwert angesetzt.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Ermittlung der Beitragsüberträge erfolgte taggenau nach der 1/360-Methode. Bei der Ermittlung wurde der BdF-Erlass vom 30. April 1974 berücksichtigt.

Die Rückstellung für Versicherungsfälle wurde aufgrund von Erfahrungen hinsichtlich der Schadenhäufigkeit durch Multiplikation mit dem erwarteten Durchschnittswert ermittelt. Großschäden wurden jeweils gesondert berücksichtigt. Die Spätschadenrückstellung wurde errechnet, indem die erwarteten Nachmeldungen mit Durchschnittswerten bewertet wurden.

Die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen wurde nach geltenden nationalen Rechnungslegungsvorschriften mittels der sog. Formel 48 ermittelt. RPT-Forderungen werden abgesetzt.

Zum 31.12.2000 wurde der Quotenrückversicherungsvertrag gekündigt. Der Anteil des Rückversicherers an den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ist in der Position „Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft“ ausgewiesen und wird je nach Zahlungsstand gemäß dem Rückversicherungsvertrag abgewickelt.

Andere Rückstellungen

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB auf der Grundlage der Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck. Die Abzinsung erfolgt mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten 10 Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB mit 1,83 Prozent. Entgelt- und Rentensteigerungen wurden für die Zusagen, die keine Kapitalabfindung vorsehen, in Höhe von 2,5 Prozent bzw. 2,25 Prozent berücksichtigt.

Gemäß § 253 Abs. 6 HGB liegt ein ausschüttungsgesperrter Betrag vor Berücksichtigung der latenten Steuern in Höhe von 80.520,00 € (i.V. 410.442,00 €) vor. Demgegenüber stehen ausreichende Gewinnrücklagen zur Verfügung.

Aufgrund des im Jahr 2010 ausgeübten Wahlrechts gemäß Artikel 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurden die Steuerrückstellungen beibehalten. Zum 31.12.2023 ergibt sich ein Betrag von 2.002,00 € aufgrund Artikel 67 Abs. 1 Satz 4 EGHGB.

Die anderen Rückstellungen sind in Höhe der zu erwartenden Verpflichtungen mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen und weisen Laufzeiten bis zu einem Jahr aus.

Andere Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern und -vermittlern sowie sonstige Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Alle Verbindlichkeiten, die erst in den Folgejahren fällig werden, haben Restlaufzeiten von weniger als einem Jahr.

Latente Steuern

Latente Steuern werden für zeitliche, sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich wieder abbauende Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Der Ermittlung der latenten Steuern liegt der kombinierte Ertragssteuersatz von aktuell 32,45 Prozent zugrunde. Der kombinierte Ertragssteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt. Im Fall einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht.

Im Geschäftsjahr ergibt sich ausschließlich eine Bemessungsgrundlage für aktive latente Steuern, insbesondere aus der realitätsnäheren Bewertung von Schadenrückstellungen sowie aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen. In Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB werden keine aktiven latenten Steuern bilanziert. Die Gesellschaft verfügt über keine steuerlichen Verlustvorträge.

Währungsumrechnung

Währungsumrechnungen erfolgen für Posten der Bilanz unter Beachtung des Niederstwertprinzips zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag. Posten der Gewinn- und Verlustrechnung werden zum Transaktionszeitpunkt umgerechnet.

Entwicklung bestimmter Aktivposten im Geschäftsjahr	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen
	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.868.370,70	453.424,68	--
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.220.113,43	--	--
B. II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	65.100.024,11	2.290.754,14	--
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.336.155,23	5.229.942,18	--
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	0,00	--	--
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	0,00	--	--
b) Schuldscheinforderungen und Darlehn	0,00	--	--
5. Einlagen bei Kreditinstituten	750.000,00	750.047,84	--
6. Summe B. II.	76.186.179,34	8.270.744,16	--
Insgesamt	81.274.663,47	8.724.168,84	--

Angaben zu Anteilen an Investmentvermögen nach § 285 Nr. 26 HGB

B. II. Investmentanteile

Art des Fonds/Anlageziel	Buchwert 31.12.2023	Marktwert 31.12.2023	Bewertungs- reserven
	€	€	€
Gemischter Fonds: Aquila-1-Universal-Fonds	43.048.312,20	39.884.309,00	–3.164.003,20

Bei Investmentanteilen mit einem Bilanzwert in Höhe von 43.048,31 T€ hält die Gesellschaft mehr als 10 Prozent der Anteile. Der Fonds wurde gemäß § 341 b Abs. 2 in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Ausschüttung wurde ertragswirksam vereinnahmt.

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
€	€	€	€
--	--	608.042,56	3.713.752,82
--	--	--	1.220.113,43
3.779.262,35	52.475,05	8.036,70	63.655.954,25
2.241.523,24	11.039,80	60.009,27	13.275.604,70
--	--	--	0,00
--	--	--	0,00
--	--	--	0,00
750.000,00	--	--	750.047,84
6.770.785,59	63.514,85	68.045,97	77.681.606,79
6.770.785,59	63.514,85	676.088,53	82.615.473,04

Ausschüttung 2023	Mögliche Rückgabe
€	
300.000,00	börsentäglich

Weitere Angaben zu Posten der Bilanz: Aktiva

B. Kapitalanlagen

I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Grundstück mit Geschäftsbauten

Gesamt

2023 €	2022 €
1.220.113,43	1.220.113,43
1.220.113,43	1.220.113,43

Als Grundstück mit Geschäftsbauten wird das am 3. Februar 1995 erworbene Geschäftshaus in Köln, Bonner Straße 323, ausgewiesen. Das Geschäftshaus wird zu 71 Prozent selbst genutzt.

Buch- und Zeitwerte der Kapitalanlagen

Art der Anlage

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

2. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

3. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

4. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

5. Sonstige Ausleihungen

a) Namensschuldverschreibungen

b) Schuldscheinforderungen und Darlehn

6. Einlagen bei Kreditinstituten

Summe

2023 € Buchwert	2023 € Zeitwert	2023 € Bewertungs- reserven
1.220.113,43	7.960.000,00	6.739.886,57
63.655.954,25	62.306.829,57	-1.349.124,68
13.275.604,70	12.808.568,89	-467.035,81
0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00
750.047,84	750.047,84	0,00
78.901.720,22	83.825.446,30	4.923.726,08

Die Bewertung des Grundstücks erfolgte im Jahr 2023 nach einem vereinfachten Ertragswertverfahren.

Anteile an Investmentvermögen und Inhaberschuldverschreibungen werden mit Börsenkursen, dem zur Verfügung gestellten Net Asset Value bzw. Rückkaufpreisen am Bilanzstichtag bewertet.

Durch die Anwendung des § 341 b Abs. 2 HGB wurden Abschreibungen auf Investmentanteile und Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 3.951.496,44 € vermieden. Der Buchwert dieser Investmentanteile beträgt 47.119.734,73 €, der Zeitwert 43.728.044,04 €. Der Buchwert dieser Inhaberschuldverschreibungen beträgt 4.891.096,90 €, der Zeitwert 4.331.291,15 €. Es wurde von einer Abschreibung abgesehen, da es sich um eine vorübergehende Wertminderung handelt, die ausschließlich auf marktübliche Schwankungen zurückzuführen ist.

E. Rechnungsabgrenzungsposten (§ 250 Abs. 1 HGB)

I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Noch nicht fällige Zinsen aus Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Sonstige Rechnungsabgrenzungen

2023 €
162.998,56
102.788,96

Weitere Angaben zu Posten der Bilanz: Passiva

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der DMB Rechtsschutz-Versicherung AG beträgt 3.000.300,00 €. Es ist eingeteilt in 10.001 auf den Namen lautende Stammaktien zum Nennbetrag von je 300,00 €.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 24. Juni 2021 wurde die Genehmigung zur Ausgabe neuer Aktien gegen Bar- oder Sacheinlage im Gesamtbetrag von bis zu 1.500.000,00 € erteilt. Diese Genehmigung gilt bis zum 24. Juni 2026.

III. Entwicklung der Gewinnrücklagen

1. Gesetzliche Rücklage

2023
€ 13.293,59

2. Andere Gewinnrücklagen

Stand am 1. Januar 2023

6.816.706,41

Einstellungen aus Jahresüberschuss

200.000,00

Stand am 31. Dezember 2023

7.016.706,41

Gesamte Gewinnrücklagen

7.030.000,00

IV. Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn errechnet sich wie folgt:

Bilanzgewinn am 31. Dezember 2022

563.746,13

Dividende 2022 gemäß Beschluss der Hauptversammlung

–500.050,00

Weitere Einstellungen in andere Gewinnrücklagen gemäß Beschluss der Hauptversammlung

0,00

Gewinnvortrag zum 1. Januar 2023

63.696,13

Jahresüberschuss 2023

789.080,27

Einstellungen in andere Gewinnrücklagen

200.000,00

Bilanzgewinn am 31. Dezember 2023

652.776,40

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Versicherungstechnische Bruttorekstellungen insgesamt

2023	2022
€	€
61.650.070,22	60.551.219,70
53.252.906,56	52.138.267,04

Bruttorekstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand am 1. Januar 2023

3.720.000,00 3.773.800,00

Ausschüttung

–985.363,11 –1.080.901,46

Zuführung aus Beitragseinnahmen

521.389,08 505.887,85

Zusätzliche Zuführung

420.978,01 521.213,61

Auflösung

–50.003,98 0,00

Stand am 31. Dezember 2023

3.627.000,00 3.720.000,00

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung unterteilt sich in einen erfolgsunabhängigen Teil in Höhe von 2.127.000,00 € und in einen erfolgsabhängigen Teil in Höhe von 1.500.000,00 €.

C. Andere Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen sind insbesondere gebildet für:

	2023 €	2022 €
Sonstige Personalaufwendungen	714.250,00	673.900,00
Rechts- und Steuerberatung, Revision	337.135,00	300.000,00
Ausstehende Rechnungen	313.531,00	198.355,00
Prüfung und Erstellung des Jahresabschlusses	128.700,00	133.800,00
Druck und Veröffentlichung des Jahresabschlusses	95.000,00	95.000,00

Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung**1. Verdiente Beiträge f. e. R.**

	2023 €	2022 €
Gebuchte Bruttobeiträge	37.934.394,89	37.111.806,74
Verdiente Bruttobeiträge	37.857.183,89	37.017.221,44
Verdiente Beiträge f. e. R.	35.248.523,91	34.461.701,47

Die verdienten Beiträge resultieren ausschließlich aus selbst abgeschlossenem Versicherungsgeschäft.

2. Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.

Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	23.750.782,27	23.252.794,05
---	---------------	---------------

3. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.

Abschlussaufwendungen	4.745.626,57	4.543.241,46
Verwaltungsaufwendungen	7.385.320,70	7.070.361,47
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	12.130.947,27	11.613.602,93

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	7.099.844,13	6.968.905,96
Löhne und Gehälter	5.459.553,50	4.954.906,86
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	760.093,61	710.970,62
Aufwendungen für Altersversorgung	299.659,28	538.752,60
Aufwendungen insgesamt	13.619.150,52	13.173.536,04

4. Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo beinhaltet die verdienten Beiträge des Rückversicherers, den Anteil der Rückversicherung an den Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle sowie den Anteil der Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb.

	143.621,46	51.404,73
--	------------	-----------

5. Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.

Gesamtes Geschäft	939.469,78	1.072.318,27
-------------------	------------	--------------

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

3. Sonstige Erträge

2023 €	2022 €
139.646,80	181.952,40

4. Sonstige Aufwendungen

Kosten des Jahresabschlusses sowie der Hauptversammlung	158.240,00	159.400,00
Zinszuführung zu den Pensionsrückstellungen	144.595,00	141.731,00
Externe Dienstleistungen	170.533,53	120.276,70
Übrige Aufwendungen	1.773.181,65	1.403.531,80
Gesamte sonstige Aufwendungen	2.246.550,18	1.824.939,50

Sonstiger Zinsaufwand (§ 277 Abs. 5 HGB):

Der Aufwand an sonstigen Zinsen im Rahmen der Rückstellungen für Pensionen beträgt 144.595,00 €.

Anzahl der Verträge

Bewegung des Versicherungsbestands

	31.12.2023	31.12.2022
Miet-Rechtsschutz (Gruppenverträge)	128	127
Privatkunden-Rechtsschutz	132.611	128.705
Landwirtschafts-Rechtsschutz	1.878	1.783
Gewerbe-Rechtsschutz	6.403	6.324
Insgesamt	141.020	136.939

Anzahl der Risiken bei Gruppenverträgen

717.589	697.834
---------	---------

Der Versicherungsbestand setzt sich ausschließlich aus mindestens 1-jährigen Versicherungsverträgen zusammen.

Sonstige Angaben

Rechtliche Grundlagen (§ 264 Abs. 1a HGB)

Die DMB Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft hat ihren Sitz in Köln und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Köln (HRB 13424).

Haftungsverhältnisse (§ 285 Nr. 3a HGB)

Sonstige aus dem Jahresabschluss und dem Lagebericht nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestehen nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen (§ 285 Nr. 3a HGB)

Die Gesellschaft ist am BlackRock Renewable Income Europe Fonds für erneuerbare Energien beteiligt.

Im Zusammenhang mit der Zeichnung des Fonds steht ein restlicher Kapitalabruf in Höhe von 255.816,83 € aus.

Die Gesellschaft ist am BlackRock Private Debt Fonds I für Unternehmensfinanzierungen beteiligt.

Im Zusammenhang mit der Zeichnung des Fonds steht ein restlicher Kapitalabruf in Höhe von 128.750,00 € aus.

Die Gesellschaft ist am BlackRock Private Debt Fonds II für Unternehmensfinanzierungen beteiligt.

Im Zusammenhang mit der Zeichnung des Fonds steht ein restlicher Kapitalabruf in Höhe von 159.517,72 € aus.

Die Gesellschaft ist am BlackRock Global Infrastructure III Fonds zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten beteiligt.

Im Zusammenhang mit der Zeichnung des Fonds steht ein restlicher Kapitalabruf in Höhe von 499.512,00 € aus.

Die Gesellschaft ist am BlackRock Global Infrastructure IV Fonds zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten beteiligt.

Im Zusammenhang mit der Zeichnung des Fonds steht ein restlicher Kapitalabruf in Höhe von 698.109,00 € aus.

Die Gesellschaft ist am BlackRock Private Equity Opportunities ELTIF Fonds für Unternehmensbeteiligungen investiert.

Im Zusammenhang mit der Zeichnung des Fonds steht ein restlicher Kapitalabruf in Höhe von 530.863,00 € aus.

Die Gesellschaft ist am Adams Street Partners Private Credit II Fonds für Unternehmensfinanzierungen beteiligt.

Im Zusammenhang mit der Zeichnung des Fonds steht ein restlicher Kapitalabruf in Höhe von 348.979,00 US\$ aus.

Die Gesellschaft ist am Adams Street Partners Private Credit III Fonds für Unternehmensfinanzierungen beteiligt.

Im Zusammenhang mit der Zeichnung des Fonds steht ein restlicher Kapitalabruf in Höhe von 999.502,00 US\$ aus.

Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats (§ 285 Nr. 9 HGB) und Nennung der Organmitglieder (§ 285 Nr. 10 HGB)

Der Aufwand für die Bezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2023 belief sich auf 1.195.812,75 €.

Der Aufwand für die Bezüge der ehemaligen Vorstände für das Geschäftsjahr 2023 betrug 97.671,00 €.

Die Pensionsrückstellung für die ehemaligen Vorstände am 31.12.2023 beträgt 7.202.783,00 €.

Der Aufsichtsrat erhält keine Bezüge.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft sind auf Seite 67, die des Vorstands auf Seite 68 genannt.

Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt (§ 285 Nr. 7 HGB)

Durchschnittlich waren im Geschäftsjahr 63 Mitarbeiter beschäftigt.

Im Innendienst der Hauptverwaltung waren zum Geschäftsjahresende 58 Mitarbeiter beschäftigt.

Im Außendienst waren zum Geschäftsjahresende 5 Mitarbeiter tätig.

Nachtragsbericht

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der DMB Rechtsschutz von besonderer Bedeutung gewesen wären, sind nach Schluss des Geschäftsjahres bis zum Termin der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht eingetreten.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers (§ 285 Nr. 17 HGB)

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers, HT Haßlinger Treuhand, betrug im Geschäftsjahr 2023 für

a) Abschlussprüfungsleistungen: 51.000,00 €

b) Steuerberatungsleistungen: 0,00 €

c) sonstige Leistungen: 0,00 €

Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden

Die DMB Rechtsschutz ist u. a. Mitglied folgender Verbände/Vereine:

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin
 Versicherungsombudsmann e. V., Berlin
 Berufsbildungswerk der Versicherungswirtschaft in Köln (BWV) e. V., Köln
 Bundesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Versicherungsmakler (BFV), Düsseldorf

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

Die DMB Rechtsschutz erzielte 2023 einen Jahresüberschuss von 789 T€.

Aus dem Jahresüberschuss wurden nach Beschluss des Vorstands und des Aufsichtsrats 200 T€ den Gewinnrücklagen zugeführt.

Einschließlich des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 64 T€ beträgt der Bilanzgewinn 653 T€.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2023 in Höhe von 652.776,40 € wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung von insgesamt 600.060 €, aufgeteilt auf die am Tage der Hauptversammlung dividendenberechtigten Aktien, sowie Gewinnvortrag auf neue Rechnung von 52.716,40 €.

Köln, den 26. Februar 2024

Der Vorstand



Michael Eichhorn



Jessica Jonas



Lukas Siebenkotten

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die DMB Rechtsschutz-Versicherung AG, Köln

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der DMB Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft, Köln, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DMB Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft. Die unter „SONSTIGE INFORMATIONEN“ genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der unter „SONSTIGE INFORMATIONEN“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzes und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Wir haben folgenden Sachverhalt als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt identifiziert:

Bewertung der in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (brutto) im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntete Versicherungsfälle.

Sachverhalt

Im Jahresabschluss der DMB Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2023 wird eine Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (Schadenrückstellung) in Höhe von EUR 53,3 Mio. brutto ausgewiesen. Dies entspricht einem Anteil von 59,8 % an der Bilanzsumme.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle umfasst insbesondere Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntete Versicherungsfälle, soweit sie bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind. Die Teilschadenrückstellung für bekannte Versicherungsfälle wird überwiegend nach dem Gruppenbewertungsverfahren gebildet. Grundlage hierfür sind aus den Erfahrungen der Vergangenheit abgeleitete voraussichtliche Schadenhäufigkeiten und Schadenhöhen. Die so ermittelten Rückstellungen werden entsprechend des Abwicklungsmusters auf die einzelnen Schadenanfalljahre verteilt. Daneben wird noch eine gesonderte Rückstellung für Großschäden gebildet, deren Rückstellungs- und Aufwandsverlauf einzeln beobachtet wird. Für unbekanntete Versicherungsfälle wird die Teilschadenrückstellung überwiegend anhand von Erfahrungswerten ermittelt. Das Risiko besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Versicherungsfällen darin, dass die noch zu erwartenden Schadenzahlungen nicht in ausreichender Höhe zurückgestellt sind. Bei den bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Versicherungsfällen (unbekanntete Spätschäden) besteht daneben das Risiko, dass diese nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Die Festlegung von Annahmen zur Bewertung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntete Versicherungsfälle erfordert von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft neben der Berücksichtigung der handels- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine Einschätzung zukünftiger Ereignisse und die Anwendung geeigneter Bewertungsmethoden. Den bei der Ermittlung der Höhe der Rückstellungen angewendeten Methoden sowie Berechnungsparametern liegen Ermessensentscheidungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter zugrunde. Geringfügige Änderungen der Berechnungsparameter können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Teilschadenrückstellungen haben. Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung dieser Rückstellungen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sowie der Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (brutto) im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntete Versicherungsfälle im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

Die Angaben der DMB Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft zur Bewertung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für Passiva“ im Anhang enthalten. Das Reserverisiko wird im Lagebericht im Abschnitt „Risiko aus dem Versicherungsgeschäft“ beschrieben.

Prüferische Reaktion und Erkenntnisse

Zur Prüfung der Bewertung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntete Versicherungsfälle haben wir risikoorientiert folgende Prüfungshandlungen vorgenommen:

Zunächst haben wir uns ein Verständnis von den Prozessen zur Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle verschafft und insbesondere die Herleitung der voraussichtlichen Schadenhäufigkeit und -höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen gewürdigt. Ausgehend davon haben wir Aufbau- und Funktionsprüfungen hinsichtlich der für die Richtigkeit der Rechnungslegung relevanten internen Kontrollen in den Schadenregulierungs- und Reservierungsprozessen durchgeführt.

Wir haben die Angemessenheit und Richtigkeit der von der Gesellschaft verwendeten Methoden beurteilt und deren stetige Anwendung geprüft. Weiterhin haben wir die Berechnung der Gesellschaft zur Ermittlung der bekannten Versicherungsfälle und der bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Versicherungsfälle geprüft und insbesondere die Herleitung der geschätzten Anzahl und deren Höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Methoden berücksichtigt.

Hinsichtlich der von der Gesellschaft als Großschäden klassifizierten, noch nicht abgewickelten bekannten Versicherungsfälle haben wir anhand einer aussagebezogenen Prüfung einzelner Schadenfälle die Angemessenheit der gebildeten Reserve geprüft. Dabei haben wir die jeweilige Schätzung der voraussichtlichen Schadenhöhe anhand der Aktenlage nachvollzogen und geprüft, ob wertaufhellende Tatsachen, die bis zur Bilanzaufstellung bekannt wurden, berücksichtigt wurden.

Darüber hinaus haben wir die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebildeten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle anhand der Abwicklungsergebnisse analysiert.

Die verwendeten Methoden zur Bewertung der in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (brutto) im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle sind sachgerecht. Die zugrunde liegenden Annahmen wurden in geeigneter Weise abgeleitet.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die in Abschnitt „Wirtschaftsbericht“ des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung;
- die im Lagebericht enthaltenen, lageberichts-fremden und als ungeprüft gekennzeichneten Angaben;
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkeh-

rungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der

Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄSS ARTIKEL 10 EU-APRVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 15. Juni 2023 als Abschlussprüfer gewählt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2022 als Abschlussprüfer der DMB Rechtsschutz-Versicherung Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Prof. Dr. Marius Haßlinger.

Nürnberg, den 15. März 2024

HT VIA AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Marius Haßlinger
Wirtschaftsprüfer

Prof. Dr. Christian Haßlinger
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Gesellschaft während des Geschäftsjahres laufend überwacht. Er wurde in den Sitzungen und durch schriftliche Berichterstattung des Vorstands umfassend und zeitnah über die Geschäftsentwicklung sowie über wesentliche Vorgänge unterrichtet. Zusätzlich führte der Vorsitzende des Aufsichtsrats regelmäßige Gespräche mit dem Vorstand. Er informierte zwischen den Sitzungen die Mitglieder des Aufsichtsrats über neue Entwicklungen. In den Sitzungen berichtete der Aufsichtsratsvorsitzende zu aktuellen rechtlichen Themen.

Der Aufsichtsrat hat gemäß den Anforderungen des FISG einen Prüfungsausschuss eingerichtet. Der Prüfungsausschuss befasst sich mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses und des Risikomanagements sowie der Abschlussprüfung, insbesondere der Unabhängigkeit und Qualität der Abschlussprüfung. Mitglieder des Prüfungsausschusses sind Herr Dr. Rips als Vorsitzender, Frau Hein sowie Herr Stautner.

Gegenstände der Beratung

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich regelmäßig mit der Markt- und Unternehmensentwicklung, der differenzierten Schaden- und Ergebnissituation, dem Risikomanagement sowie Solvency II und weiteren regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Themen.

Großen Umfang hatten im laufenden Jahr die Beratungen zur multiplen Krisensituation, insbesondere zu den geopolitischen Spannungen, der Inflationsentwicklung sowie zur konjunkturellen Entwicklung. Die Auswirkungen auf die Kapitalanlagen durch die stark gestiegenen und steigenden Zinsen sowie die Marktschwankungen waren stets im Blickfeld. Der Vorstand stellte mehrfach und ausführlich mögliche Abschreibungsbedarfe und die Entwicklung von Bewertungsreserven und stillen Lasten dar. Der Vorstand informierte kontinuierlich den Aufsichtsrat ausführlich über die jeweils aktuellen Auswirkungen der multiplen Krisensituation.

Unternehmensplanung und Ergebnishochrechnungen wurden im Aufsichtsrat intensiv erörtert. Über die Planungen und die Entwicklungen sowie die ergriffenen Maßnahmen wurde ausführlich berichtet und zwischen Vorstand und Aufsichtsrat eingehend diskutiert. Umfassend wurde über die Kapitalanlagepolitik und die strategische Asset Allokation berichtet, insbesondere über die Investitionen in alternative Anlagen. Die Möglichkeiten zur weiteren Stärkung des Miet-Rechtsschutzes wurden erörtert. Über den Ausbau des Maklergeschäfts berichtete der Vorstand kontinuierlich.

Der Aufsichtsrat befasste sich mit dem ORSA-Bericht und den Prüfberichten zum handelsrechtlichen Abschluss und zur Solvenzbilanz der Gesellschaft.

Jahresabschlussprüfung

Die Prüfung gemäß § 341k HGB wurde durch die HT VIA AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Nürnberg, vorgenommen. Der Bestätigungsvermerk wurde uneingeschränkt erteilt. Von dem Ergebnis der Prüfung hat der Aufsichtsrat zustimmend Kenntnis genommen.

Der Jahresabschluss wurde in Anwesenheit des Abschlussprüfers vom Prüfungsausschuss vorberaten. Bei der Beratung des Jahresabschlusses im Aufsichtsrat war der Abschlussprüfer zugegen. Er berichtete über die Durchführung der Prüfung und stand für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023, den Lagebericht sowie den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss gebilligt, der damit gemäß § 172 Aktiengesetz festgestellt ist. Dem Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Bilanzgewinns schließt sich der Aufsichtsrat an.

Personelle Veränderungen im Vorstand

Der langjährige Vorstand und Vorstandsvorsitzende Herr Dr. Wolfgang Hofbauer schied am 31.12.2023 altersbedingt aus dem Vorstand der Gesellschaft aus. Der Aufsichtsrat dankt ihm für seine langjährige und erfolgreiche Tätigkeit als Mitglied des Vorstands. Ab dem 1.1.2024 wird Herr Michael Eichhorn die Funktion des Vorstandsvorsitzenden übernehmen.

Der Aufsichtsrat stimmte dem Vorschlag des Vorstands zu, die Ressortverteilung im Vorstand ab dem 1.1.2024 neu zu regeln. Das Ziel im Rahmen der langfristigen Nachfolgeplanung war es, den Ressort-Übergang kontinuierlich vorzunehmen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft ausdrücklich für ihren großen persönlichen Einsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Köln, den 18. April 2024

Der Aufsichtsrat



Dr. Franz-Georg Rips
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Dr. Franz-Georg Rips

Rechtsanwalt
Vorsitzender

Eberhard Fischer

Oberstudienrat i. R.
Stv. Vorsitzender

Reinhard Stautner

Rechtsanwalt
Stv. Vorsitzender

Sebastian Bartels

Rechtsanwalt, Geschäftsführer Berliner Mieterverein e. V.

Franz-Xaver Corneth

Geschäftsführer i. R.

Taous Guellal (ab 1.4.2023)

Angestellte der DMB Rechtsschutz-Versicherung AG

Kerstin Hein

Vorstand der RIVA AG

Thomas Keck

Oberbürgermeister Reutlingen

Alexandra Nüchel (bis 31.3.2023)

Ehemalige Angestellte der DMB Rechtsschutz-Versicherung AG

Michael Thews

Angestellter der DMB Rechtsschutz-Versicherung AG

Vorstand

Dr. Wolfgang Hofbauer (bis 31.12.2023)

Vorstandsvorsitzender

Ressorts Finanz- und Rechnungswesen, Investments, Marketing, Personal, Öffentlichkeitsarbeit sowie Verwaltung

Michael Eichhorn

Vorstandsvorsitzender (ab 1.1.2024)

Ressorts Risikomanagement, Unternehmensplanung und Controlling, Finanz- und Rechnungswesen, Investments, Marketing und Vertrieb, Versicherungsbetrieb, IT und Betriebsmanagement sowie Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung

Jessica Jonas

Ressorts Recht, Compliance, Schaden, Personal, Management und Kommunikation
DMB Mietervereine

Lukas Siebenkotten

Ressort Strategische Zusammenarbeit Deutscher Mieterbund



Als Gründungsmitglied setzt sich die DMB Rechtsschutz für eine Stärkung des Berufsstands und die besondere Rechtsstellung des Versicherungsmaklers ein.



Als Unternehmen zeigt die DMB Rechtsschutz Verantwortung und trägt aktiv zur Umweltvorsorge bei. Die Gesellschaft ist seit 2010 klimaschutzzertifiziert.

Gemäß dem Greenhouse Gas Protocol wurden 2023 alle Emissionen aus den Quellen von Scope 1, 2 und 3 durch Unterstützung CO₂-mindernder Klimaschutzprojekte neutralisiert. Dies umfasst sowohl die direkte Freisetzung klimaschädlicher Gase bei der DMB Rechtsschutz als auch die indirekte Freisetzung durch Energielieferanten und durch die vor- und nachgelagerten Lieferketten der Gesellschaft.

Die DMB Rechtsschutz verfolgt das Ziel, ihre CO₂-Emissionen soweit wie möglich zu reduzieren.

Seit 2022 verwendet die DMB Rechtsschutz zertifiziertes Recyclingpapier für ihre Druckstücke und Korrespondenz. Das sorgt für klimaneutrale Druckerzeugnisse (bis 31.12.2023 mit einem CO₂-Ausgleich in Höhe von 1,725 Tonnen).*

* Diese Menge entspricht
8.625 km mit dem Auto fahren (bei 8,5 Liter Benzinverbrauch)
oder 4.538 km fliegen
oder 776.250 km Zug fahren.

Um 1,725 Tonnen CO₂ einzusparen, müssten
122 Personen einmal im Jahr ihren Gefrierschrank abtauen,
247 Personen ein Jahr lang die Zähne nicht elektrisch putzen oder
6 Personen einmal im Monat regional einkaufen.



Unternehmens-Auszeichnungen (2024 – 2018)



ASCORE Unternehmens-Scoring Komposit 2023 – 2019: DMB Rechtsschutz „sehr gut“ in Erfahrung, Sicherheit, Erfolg und Bestand



SILBER für Servicestärke bei der Umfrage Makler-Champions 2024 (GOLD in 2023, Platz 2 in 2022 und Platz 3 in 2021; seit 2011 in den Top 10)

Fairer Schadenregulierer bei *FOCUS MONEY* 03/2024: Privat-Rechtsschutz „GUT“ (wie auch 03/2023)

Hohe Verbraucherorientierung, Sparte Maklerversicherer „GUT“ bei *FOCUS MONEY* 02/2024



Hohe Transparenz, F.A.Z. *Institut* 11/2023

Beste Kundenhotline „sehr gut“: *FOCUS MONEY* 42/2023, Fairste Kundenhotline 42/22 und 41/21

Bester Dienstleister Versicherungswesen im *Handelsblatt* 07/2023

Preisfavorit – Sehr hohe Empfehlung *WirtschaftsWoche* 02/2023

TOP NOTE für Digitale Servicestärke aus Kundensicht, *FOCUS MONEY* 30/23 sowie 30/22, 29/21 und 30/20

Fairer Maklerversicherer Rechtsschutz bei *FOCUS MONEY* 11/2021

Hohes Kundenvertrauen bei Befragung *WirtschaftsWoche* 09/2021, 10/20 und 09/19: DMB Rechtsschutz genießt hohes Vertrauen in der Kategorie „Versicherer-Makler“.

Softfair 05/2021: Prozessqualität für den Vertrieb „GUT“

Deutsche Gesellschaft für Verbraucherstudien 04/2020: Service-Award in der Kategorie „Transparenz“



vt-Partnerschaftssiegel 2018

Produkt-Auszeichnungen (2024 – 2021)



Franke und Bornberg Rechtsschutz-Rating 03/2024 (wie 03/23 + 03/22): **PRESTIGE** mit Cyber-RS „sehr gut“ FFF, **EXPERT** und **Schnell & Sicher** „gut“ FF+



Softfair Rechtsschutz-Leistungsrating 02/2024 (wie 2023 +2022): **PRESTIGE** erhält Höchstnote „HERVORRAGEND“ für Zielgruppe Familie, Single und Senioren

WirtschaftsWoche 06/2023: Rechtsschutz „sehr gut“ für **PRESTIGE**



EXPERT ist beste Rechtsschutzversicherung Premium, *FOCUS MONEY* 1/2024, Ausgabe 3

Franke und Bornberg 03/2024: Gewerbliches Rechtsschutz-Rating **KOMPEX** mit **KOMPEX**plus „gut“ FF+, **AGROMEX** für Land- und Forstwirte „gut“ FF+

Deutschlands Preisfavoriten „sehr hohe Empfehlung“, *WirtschaftsWoche* 02/2024

DMB Rechtsschutz Platz 8 der besten Rechtsschutzversicherer Deutschlands: „gut“ bei Leistungs- und Kostenanalyse, Studie *DISQ Deutsches Institut für Servicequalität* 02/2023



ASCORE Rechtsschutz-Rating 02/2024: **Schnell & Sicher**, **EXPERT** und **PRESTIGE** „AUSGEZEICHNET“ mit je 5 Kompassen (wie auch 2023 und 2021)

Handelsblatt 03/2023: **PRESTIGE** „gut“ FF+ (03/22 „sehr gut“ für Familien und Singles)



YOLIG ist Versicherungsprodukt des Jahres 2023, *DISQ Deutsches Institut für Servicequalität* 10/2023

Regelmäßig erhält die DMB Rechtsschutz Top-Bewertungen als konzernunabhängiger Rechtsschutz-Spezialist und für Produkte mit hervorragendem Preis-Leistungs-Verhältnis.

DMB Rechtsschutz-Versicherung AG

Bonner Straße 323, 50968 Köln

Telefon: 0221 376 38-0

Fax: 0221 376 38-11

Internet: www.dmb-rechtsschutz.de

Sitz der Gesellschaft Köln

Handelsregister Köln HRB 13424

Konzept und Gestaltung

SOA Communication